

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Maggi-Areal: Jetzt gibt's Laborfleisch statt Suppenwürfel. Seite 9

SVP-Chaos-Initiative: NEIN!

Mythen, Mieten und Migration

Zahlen und Fakten statt Sündenbock-Politik. Seiten 11-13

Bald wieder Bau-Streiks?

Genfer Baumeister kündigen Lokal-GAV. Büezer hässig. Seite 2

Der gefährlichste Ort für Frauen

work hat die neuste Kriminal-Statistik ausgewertet. Seite 7

Big Boss is watching you

Diese Überwachungen müssen Sie sich im Job gefallen lassen. Und diese nicht.

Seiten 18-19

Vera Çelik (20) ist die jüngste Parlamentarierin der grössten Schweizer Stadt. Und Unia-Mitglied.

«Ich habe Vertrauen in die Menschen»

Das **work-Interview** über **Social Media, Politik für Junge** und wie sie zur **Gewerkschaft** kam.

Seite 5



workedito
Anne-Sophie Zbinden

DEM ALLTÄGLICHEN WAHNSINN DIE STIRN BIETEN

Sie sind nicht berühmt, keine Stars und schon gar keine Sternchen. Sie stehen auf und erheben ihre Stimme für Gerechtigkeit. Und ganz atypisch für die heutige Zeit: Sie tun dies ohne Firlefanz, ganz ohne Brimborium. Dafür umso deutlicher.

DER LOGISTIKER. Zum Beispiel Daniele Schmid. Er erlebte durchaus stürmische Zeiten auf den Tessiner Seen. Bis letzten Sommer arbeitet der SEV-Gewerkschafter im Südkanton für die Schiffahrtsgesellschaft SNL. Dann stellt ihn das Unternehmen auf die Strasse, mit ihm zwei seiner Kollegen. Offiziell wegen «Restrukturierungen». In Wahrheit wohl eher deshalb, weil

Sie sind Buezer und Buezerinnen. Und sie erheben ihre Stimme für Gerechtigkeit.

sie kritische Fragen gestellt hatten. Zu den miesen Löhnen, zur Einhaltung des Arbeitsgesetzes, zu Regelverstössen. Daniele Schmid

bewies nicht nur Rückgrat seinen Chefs gegenüber. Darüber hinaus hatte er den Mut, seine Geschichte im work publik zu machen (Seite 3).

DIE DENTALASSISTENTIN. Dass nicht alles rundläuft, ist Vera Çelik in der Lehre als Dentalassistentin aufgefallen. So hatte eine Kollegin zum Beispiel fast keine Mittagspause. Und Çelik begann, sich Fragen zu stellen: «Ist es fair, dass wir im Vergleich zu unseren Verpflichtungen so wenig Rechte haben?» Weil es die einzige Gewerkschaft war, die sie kannte, trat sie der Unia bei. Jetzt hat die 20jährige Buezerin den Sprung ins Zürcher Stadtparlament geschafft. Als Neopolitikerin will sie sich für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit einsetzen. Und dafür sorgen, dass junge Menschen in der Politik besser vertreten sind, ihnen mehr Vertrauen geschenkt wird und sie mehr Verantwortung übernehmen können. Und dafür, dass die Gewerkschaften an den Berufsschulen präsenter sind (Seite 5).

DER KOCH. Etwas zu präsent dürfte Nils Huber in den Augen von NZZ-Chefredaktor Eric Gujer gewesen sein. Huber hat gemeinsam mit einem Kollektiv an einer Veranstaltung der NZZ Präsenz markiert. Und den Chef der rechtsliberalen Tageszeitung darauf hingewiesen, dass er «bewusste und systematische Verharmlosung und Leugnung des wissenschaftlichen Konsenses in der Klimakrise» betreibe. Nils Huber ist Koch. Und Aktivist im Klimakollektiv Drop. Er will die Resignation nicht hinnehmen, die viele Menschen angesichts der Klimakrise befällt. Er setzt auf zivilen Widerstand, auf Gemeinschaft statt Einsamkeit (Seite 10).

DER METALLARBEITER. Auf Gemeinschaft setzt auch Dario Salvetti. Und wie! Er ist Metallarbeiter und Mitglied des Arbeiterkollektivs der ehemaligen Autozulieferfabrik GKN in der Nähe von Florenz. 2021 beschloss der Finanzkonzern, dem die Fabrik gehörte, deren Schliessung. Und die Entlassung von 400 Arbeitern. Doch das liessen sich Salvetti und seine Kollegen nicht bieten. Sie reagierten mit einer Dauerversammlung, die bis heute anhält. Ihr Ziel: die Produktion von Elektro-Lastenvelos und Solarmodulen. Das ist selbstverwalteter ökosozialer Wandel (Seite 15).

Was haben Schmid, Çelik, Huber und Salvetti gemeinsam? Sie sind Buezerinnen und Buezer. Sie sind Hoffnungsträgerinnen und Hoffnungsträger. Sie lassen sich nicht unterkriegen von der lähmenden Weltuntergangsstimmung. Sie bieten dem alltäglichen Wahnsinn die Stirn.

Bald wieder Bau-Streiks in der Romandie?

Genfer Baumeister kündigen Lokal-GAV!

Seit Jahren kennt das Genfer Bauhauptgewerbe eine Zusatzvereinbarung zum Landesmantelvertrag. Doch jetzt machen die Meister Schluss – und klauen den Buezern 400 Lohnfranken.

JONAS KOMPOSCH

Das Ringen um den neuen Landesmantelvertrag (LMV) war zäh, aber hat sich gelohnt. Die neue Baustellenzulage, der automatische Teuerungsausgleich auf die Mindestlöhne oder die volle Anrechnung der Reisezeit: All das und mehr winkt jetzt allen Buezerinnen und Buezern des Bauhauptgewerbes. Denn

«Die Arbeiter stehen unter Schock.»

JOSÉ SEBASTIÃO, UNIA

seit dem 1. April ist der LMV allgemeinverbindlich, gilt also auch für jene Firmen, die nicht Mitglied des Baumeisterverbands sind. Möglich gemacht haben diese Fortschritte all jene, die sich engagiert haben – in der Gewerkschaft, in den Betrieben und an den Protesttagen.

Ganz vorne mitmarschiert sind auch diesmal die Bauarbeiter aus Genf. Sie gehören traditionell zu den besonders aktiven Gewerkschaftsmitgliedern. So standen in der Calvin-Stadt letzten November die Baustellen gleich an zwei Tagen still. Und stolze 2000 Genfer Buezer demonstrierten in den Strassen. Doch jetzt sollen ausgerechnet sie die Gelackmeierten sein!

PROVOKATION DER SPEERSPITZE

Konkret droht den Genfer Bauarbeitern eine Lohnneinbusse von bis zu 400 Franken – Monat für Monat. Damit wären sie die schweizweit einzigen Baubuezer, für die es rückwärts statt vorwärtsgeht. Und das in einer der teuersten Städte der Welt! Dahinter steht ein Manöver des Genfer Baumeisterverbands. Dieser hat Ende März die Genfer Zusatzvereinbarung zum LMV gekündigt. Dabei handelt es sich um einen lokalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der materiell über den LMV hinausgeht (siehe Artikel unten). Erstmals unterzeichnet wurde er 2009 nach einer intensiven lokalen Kampfperiode. Und seither verstanden es die streikfreudigen



KÜNDIGT WIDERSTAND AN: Unia-Bausekretär José Sebastião (mit Megaphon) und die Genfer Baubuezer werden sich von den Bossen nicht abspesen lassen. FOTO: MANU FRIEDERICH

Genfer immer wieder, ihre Spezialerrungenschaften zu verteidigen und auszubauen. Ihr Zusatzvertrag garantiert aktuell:

- eine bezahlte Znünpause (vergütet mit 2,9 Prozent des Monatslohns, heisst im Schnitt circa 10 Franken);
- eine Entschädigung für Fahrtkosten und Mittagessen von täglich 25 Franken;
- 9 entschädigungspflichtige Feiertage (statt 8 wie im LMV);
- den arbeitsfreien 1. Mai (in Genf kein gesetzlicher Feiertag!);
- Auch die beiden Freitage nach Auffahrt und dem Genfer Betttag sind arbeitsfrei.

Die Zusatzvereinbarung läuft noch bis Ende 2026. Dann soll es mit dem Genfer Sonderweg vorbei sein. Zumindest wenn es nach dem Willen der Chefs geht. Sie begründen ihren Kündigungsentscheid mit einer «Harmonisierung und Vereinfachung der anwendbaren Regeln». Und damit, dass ihr angeblich «grosszügiger» Vorschlag von den Gewerkschaften abgelehnt worden sei.

«AUF BAUSTELLEN BRODELT'S»

Tatsächlich hatten die Genfer Bauleute ihren Bossen schon im Januar einen Korb

gegeben. Denn die Genfer Meister stören sich an der neuen, schweizweit gültigen Baustellenzulage von dereinst 9 Franken. Diese müssten sie nämlich zu den in Genf bereits heute fälligen 25 Franken obendrauf legen. Da ihnen das offenbar zu teuer ist, boten die Genfer Baumeister stattdessen ein Goodie von bloss 5 Franken mehr. Vergebens. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Gewerkschaften Unia, Syna und SIT lehnten allesamt ab.

Nun folgt die Rache der Bosse: Kündigung des gesamten Lokalvertrags! Die drei Genfer Baugewerkschaften zeigen sich empört: «Es handelt sich um eine beispiellose Attacke auf die Löhne und die Sozialpartnerschaft», heisst es in einer Medienmitteilung. Man werde nun abermals eine Bauleuteversammlung einberufen und dort eine Reaktion beschliessen. «Die Arbeiter stehen unter Schock», sagt Unia-Bausekretär José Sebastião. «Sie fühlen sich betrogen und missachtet, und auf den Baustellen brodelt die Wut.» Liegt in Genf also schon wieder Streik in der Luft? Eines sei jedenfalls sicher, sagt Sebastião: «Auch unsere Antwort wird beispiellos sein!»

Lokale Errungenschaften und Eigenheiten

Darum gibt es zusätzlich zum Landesmantelvertrag regionale GAV

Der Landesmantelvertrag – der Name sagt es schon – gilt für das ganze Land. Aber er erlaubt es den regionalen Verbänden auch, lokale Bau-Gesamtarbeitsverträge (GAV) abzuschliessen. Solche Lokal-GAV sind historisch oft sogar älter als der LMV, der seit 1938 existiert. In Genf etwa erstreikten sich die Bauarbeiter schon 1928 einen allerersten GAV. Dieser brachte Mindestlöhne und erstmals auch den freien Samstagnachmittag.

SBV-CHEFS DAGEGEN. Heute gelten die lokalen Bau-GAV, es gibt noch ihrer sechs, zusätzlich zum LMV. Ihr Zweck:

Die Lokalverträge sind der SBV-Spitze ein Dorn im Auge.

Sie sollen die regionalen Eigenheiten besser widerspiegeln, als dies ein nationaler



ERFOLGREICHES TRIO: Die Gewerkschaften Unia, Syna und SIT haben mit den Bauleuten in Genf viel erreicht. FOTO: KEYSTONE

Einheitsvertrag kann. Die Zentrale des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) wollte die Lokalverträge allerdings noch im letzten Jahr komplett verbieten. Und ein Dorn im Auge sind sie der SBV-Spitze schon lange. Denn theoretisch können die Lokal-GAV das LMV-Niveau zwar auch unterschreiten. Doch da ein Lokal-GAV immer auch den Segen der LMV-Parteien braucht, dominie-

ren in der Praxis die Verbesserungen: In der Waadt gibt es zum Beispiel höhere Mittagsspesen und Schlammzulagen. Dazu mehr Feiertage. Im Jura gibt es eine Znüni-Entschädigung. Der Lokal-GAV Freiburg enthält – schweizweit einmalig – verbindliche Mindestlöhne für Lernende, die zudem deutlich über den Lohnempfehlungen des SBV liegen. Und im Tessin ist Akkordarbeit ganz verboten,

zudem gilt eine Temporären-Limite. Meistens garantieren die Lokal-GAV zudem den freien 1. Mai.

REGIONEN PROFITIEREN. Doch auch die Arbeitgeber profitieren: von spezifischen regionalen Regelungen und mehr Kompetenzen vor Ort. Insbesondere verfügen sie – zusammen mit den Gewerkschaften – über den regionalen Vollzugs- und Bildungsfonds und regionale Schiedsgerichte. Zudem können sie die ausserkantonalen Firmen besser kontrollieren. Trotzdem ist nicht nur der Genfer Lokalvertrag unter Beschuss. Auch die Tessiner Meister wollen Verschlechterungen; die Verhandlungen laufen. Im Wallis dagegen ist der neue GAV besiegelt. Er verbietet Samstagsarbeit und bringt eine sechs Franken höhere Baustellenzulage als der LMV.

JONAS KOMPOSCH

GESCHASST, WEIL ER NICHT SCHWIEG:
Daniele Schmid ist überzeugt, dass er entlassen wurde, um damit die restliche Mannschaft einzuschüchtern.

FOTO: LINUS RIESER



Sie stellten kritische Fragen – da stellte die Tessiner SNL Daniele Schmid und zwei Kollegen auf die Strasse

Frischer Anstrich, doch darunter frisst der Rost

Reisenden verspricht die Schifffahrt der Tessiner Seen einzigartige Erlebnisse. Einzigartig schlecht ist dagegen, wie die Gesellschaft mit ihren Mitarbeitenden und den Gewerkschaften umspringt.

CHRISTIAN EGG

Die Tessiner Schifffahrtsgesellschaft des Luganersees (SNL) verkündete kürzlich grosse Pläne. Bis 2035 will sie alle Schiffe auf Elektromotoren umrüsten, dazu neue Verbindungen und für Feriengäste «Kombi-Erlebnisse aus Schifffahrt, Natur und Kultur» anbieten. Die private Firma, welche die Linien auf dem Luganersee und dem Schweizer Teil des Lago Maggiore betreibt, präsentierte sich pünktlich zum Saisonstart als innovativ und nachhaltig.

Ganz anders klingt es bei Daniele Schmid. Der 26-jährige hat bis letzten Sommer bei der SNL gearbeitet. Zuerst im Hafen von Locarno, dann als Verantwortlicher für Logistik und Einkauf. Er kritisiert: «Die Löhne sind mies, und die Firma nimmt ihre Mit-

arbeitenden überhaupt nicht ernst!» Nach innen mache das Management keine gute Falle, regelmässig kämen Fehler und Unzulänglichkeiten zum Vorschein.

Im Juli 2025 erhielt Schmid die Kündigung, zusammen mit zwei wei-



«Kein anderer Verkehrsbetrieb in der Schweiz macht so krumme Sachen.»

GEWERKSCHAFTER
ANGELO STROPPINI

teren Kollegen. Offiziell wegen einer «Restrukturierung». Aber der wahre Grund sei offensichtlich gewesen: «Wir drei hatten kritische Fragen gestellt. Unsere Entlassung sollte den Rest der Belegschaft einschüchtern.»

MITTEN IN DER NACHT...

Schmid ist Mitglied der Verkehrsgewerkschaft SEV. Deren Sekretär Angelo Stroppini sagt: «Dass ein Schweizer Verkehrsbetrieb so krumme Sachen macht, das habe ich noch nie gesehen.» Tatsächlich fällt die SNL immer wieder durch Regelverstösse und antigewerkschaftliche Aktionen auf. Oft halte der Betrieb nicht einmal das Arbeitsgesetz ein, berichtet Stroppini. Erst wenn er das Bundesamt für Verkehr informiere, korrigiere die

SNL ihre Praxis. Jüngstes Beispiel: Im Februar dieses Jahres warteten die Mitarbeitenden noch immer auf die Bestätigung ihrer Ferien für 2026. Nach der Meldung an die Behörde habe das Management reagiert wie immer, so der erfahrene Gewerkschafter: «Sie haben alles geleugnet, aber in aller Eile die Bestätigungen verschickt. Mitten in der Nacht – wie eine Räuberbande.»

Bis Sommer 2017 war die SNL nur auf dem Luganersee tätig. Dann kam der Matrosenstreik auf dem Lago Maggiore. Die dortige italienische Gesellschaft hatte alle Mitarbeitenden im Schweizer Seebecken entlassen. Alle 34 legten darauf die Arbeit nieder. Die Gewerkschaften Unia, SEV und OCST unterstützten sie gemeinsam. Nach drei Wochen brachte der Druck die Lösung: Die SNL übernahm den Betrieb im Schweizer Seebecken und alle Mitarbeitenden. Die Arbeitsbedingungen legten die drei Gewerkschaften mit der SNL in einem Gesamtarbeitsvertrag fest. Der galt aber nur für den Lago Maggiore, nicht auf dem Luganersee.

DUBIOSER «PERSONALVERBAND»

Heute zeigt sich: Die SNL hintertrieb diesen GAV wohl schon von Anfang an. Wenige Tage nach dem Streik entstand der umstrittene «Personalverband» APLT. Seine Nähe zur SNL ist

offensichtlich: Beide haben dieselbe Postadresse. Auch personell gibt es eine enge Verknüpfung: Im SNL-Verwaltungsrat sitzt der FDP-Politiker Alessandro Spezi. Die Präsidentin des «Personalverbands», Natalia Ferrara, gehört ebenfalls der FDP an. Beide gehören zur kantonalen Parteispitze: Spezi ist Präsident, Ferrara Vize. Und beide sitzen im Kantonsparlament.

Laut SEV-Mann Stroppini hat die Schifffahrtsgesellschaft den Verband tatkräftig unterstützt – etwa mit verbilligten Parkplätzen für Mitarbeitende, die dem APLT beitraten. Im April 2025 gehörten diesem angeblich

«Die Löhne sind mies, und die Firma nimmt ihre Mitarbeitenden überhaupt nicht ernst!»

DANIELE SCHMID, ENTLASSENER SNL-MITARBEITER

90 Prozent der Mitarbeitenden an. Da schlugen die beiden zu: Die SNL kündigte den GAV einseitig und zauberte einen neuen, schlechteren Vertrag aus dem Hut – unterzeichnet vom APLT. Die Gewerkschaften halten die GAV-Kündigung für rechtswidrig und wehren sich jetzt vor Handelsgericht. Auf die Anfrage von work hat die SNL-Führung bis Redaktionsschluss nicht reagiert.

Ein weiterer Kritikpunkt sind Interessenskonflikte und Verluste bei der Verwaltung des Pensionskassen-Vermögens. Die SNL klagte ihrerseits gegen die drei Gewerkschaften wegen angeblicher Rufschädigung (work berichtete: rebrand.ly/krach-auf-dem-see).

WIE ENTSCHIEDET DER BUND?

Noch sind alle Verfahren hängig, so dass das Gebaren der SNL-Führung bisher kaum Konsequenzen hatte. Doch das könnte sich jetzt ändern. Ende 2026 läuft die Konzession des Bundes für den Betrieb auf dem Luganersee aus. Die Gesellschaft bewirbt sich für eine Verlängerung, und zwar gleich um 20 Jahre. Allerdings sind bei der Vergabe einer Konzession auch die Arbeitsbedingungen ein Kriterium. Gewerkschafter Stroppini und Ex-Mitarbeiter Schmid sind sich einig: Da ist der Leistungsausweis der SNL miserabel. Schmid berichtet: «Viele Kollegen kündigen, weil sie die Hoffnung verloren haben, dass es besser wird.»

Mehr noch: Nach dem Streik, so Stroppini, habe die SNL versprochen, das Angebot auf dem Lago Maggiore auszubauen. Stattdessen habe sie es seither verschlechtert. Sein Fazit ist klar: «Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sollte sich der Bund schon überlegen, ob er der SNL noch vertrauen kann.»

Erfolg für Chauffeure

WINTERTHUR. Die Winterthurer Buschauffeure haben sich letzte Woche mit der Delegation des Stadtrats geeinigt. Die Gewerkschaft VPOD schreibt, dass die Forderungen des Personals grösstenteils erfüllt wurden. Die Betriebsleitung von Stadtbus Winterthur hat nun bis im August Zeit, die angekündigten Verbesserungen umzusetzen. Dabei geht es um eine faire Regelung bei den Ersatzdiensten, das Ende der damit verbundenen Minusstunden sowie um Verbesserungen bei den Nacht- und Sonntagszulagen. «Das Verhandlungsergebnis ist ein grosser Erfolg und Folge unserer Streikbereitschaft», sagt Micha Amstad von der Gewerkschaft VPOD.

Thurgau braucht Frauenhaus!

FRAUENFELD. Seit 35 Jahren verweigert die rechte Thurgauer Regierung, als eine der letzten der Schweiz, die Schaffung eines Frauenhauses. Schutzsuchende sollen halt nach Zürich gehen, so die Regierungsmeinung. Dort aber sind – auch deswegen – die Strukturen überlastet. Zumal die Gewalt gegen Frauen zunimmt. Gerade im Appenzel Nord-Ost wegen häuslicher Gewalt heute zweimal täglich ausrücken muss. Doch jetzt steigt der Druck auf die Regierung. Das Feministische Streikkollektiv Thurgau hat zuerst eine Reihe



FRAUENHAUS JETZT: Das Feministische Streikkollektiv Thurgau. FOTO: ZVG

eindrücklicher Videos veröffentlicht, die seither viral gehen. Dann hat es am 1. April über 100 Demonstrierende vor das Kantonsparlament mobilisiert. Und bereits sollen neue Aktionen in der Pipeline sein.

Ossi und Wessi gleichgestellt

DEUTSCHLAND. Das hat gedauert! Erstmals seit der Wiedervereinigung gelten deutschlandweit einheitliche Mindestlöhne auf dem Bau. Zuvor verdienten Bauarbeiter in Ostdeutschland deutlich weniger als ihre Kollegen im Westen. «Historisch!» freut sich Carsten Burckhardt von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Mit der Anhebung der Löhne um 3,9 Prozent im Westen und 5,3 Prozent im Osten sei eine jahrzehntelange Ungerechtigkeit beendet. Berauschend sind die Löhne aber noch nicht. Ungerlernte bekommen neu 16, Facharbeiter 24 und Maschinisten 26 Euro pro Stunde.

Run auf Äthiopiens Gewerkschaften

ADDIS ABEBA. Äthiopien ist mit 132 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Binnenland der Welt. Und es wächst rasant weiter. Noch schneller wächst aber die Arbeiterbewegung. Der Äthiopische Gewerkschaftsbund (CETU) zählte 2025 fast 300 neue Betriebsgewerkschaften. Mit einem Plus von 100 000 Kolleginnen und Kollegen zählt der CETU erstmals über 1 Million Mitglieder. Das entspricht einer Verdreifachung seiner Basis innert 10 Jahren. Grund für den Boom sind zahlreiche Streiks, darunter beim Logistiker DHL oder im Gesundheitswesen.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Büezer geht leer aus: Statt Lohn gab's einen Locher an den Kopf



CHOLERISCHER CHEF: Ein Büezer forderte seinen Lohn ein, da eskalierte die Situation, und der Chef warf ihm einen Locher an den Kopf. SYMBOLFOTO: PEXELS

Statt einen ganzen Monatslohn zahlt der Chef nur hundert Franken. Am nächsten Tag einen Fünfinger, eine Woche darauf wieder hundert. Immer wieder verspricht der Autohändler S., der fehlende Lohn komme jetzt dann gleich.

Der Büezer hat sich mit kleinen Beträgen und grossen Versprechen abspeisen lassen.

Mitarbeiter Vicente Oliveira* den Chef auffordert, die Lohnschulden endlich zu begleichen, wirft ihm dieser einen Locher an den Kopf. Der Streit endet auf dem Polizeiposten, das Arbeitsverhältnis ebenfalls. Den grössten Teil des Lohnes, fast 15 000 Franken, hat ihm der Autohändler S. bis heute nicht ausgezahlt.

Arbeiter Oliveira hat sich drei Monate lang mit kleinen Beträgen und grossen Versprechen abspeisen lassen. Seine Gutmütigkeit könnte ihm jetzt zum Verhängnis werden. Denn im September 2025 ging Firmeninhaber S. konkurs. Vermögenswerte gab es keine mehr. Oliveira beantragte eine Insolvenzschiendigung bei der kantonalen Arbeitslosenkasse. Doch diese lehnte ab. Die Schadensminderungspflicht sei nicht erfüllt. Das ist Juristendeutsch für: Oliveira habe seinen rechtmässigen Anspruch nicht belegbar und mit genug Nachdruck eingefordert. Was dazu Unia-Rechtsberater Lukas Auer sagt – und was er generell bei Firmenkonkursen rät –, lesen Sie online.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/locher)
rebrand.ly/locher

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Burnout: Migros-Verkäuferin erzählt

«M-Défi» ist ein Migros-eigenes Programm zur Reintegration in den Arbeitsmarkt. Eine, die M-Défi durchlaufen hat, ist Cecilia Ferreira* (39). Doch die Umstände waren genauso fragwürdig wie das Endergebnis: «Ich habe 52 Stunden pro Woche gearbeitet und wurde regelrecht herumgeschleudert.» Ihr Körper sandte bald Alarmsignale. Doch Ferreira machte weiter – und wurde Abteilungsleiterin. Dann kam ein neuer Filialleiter. «Um aufzuräumen», wie es hiess. Der Druck auf Ferreira stieg. Ihre Gesundheit litt noch mehr. Ebenso ihre Tochter: «Ich schaffte es nicht mehr, mich richtig um sie zu kümmern.» Und es eskalierte weiter. Bis Ferreira zur Unia fand. Und dann endlich auch zum Arzt. Diagnose: Burnout. Wie die Migros nach vier Monaten Krankenstand reagierte und wo Ferreira heute arbeitet, lesen Sie auf unserer Homepage. So viel sei verraten: In den Verkauf will Ferreira nie mehr zurück.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/m-defi)
rebrand.ly/m-defi

30 Jahre Krankenkassenobligatorium

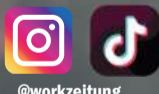
Das KVG feiert Geburi, doch Feierlaune kommt angesichts des Prämienwahnsinns nicht auf. Zumindest nicht bei den Versicherten. Trotzdem war das 1996 eingeführte Krankenversicherungsgesetz (KVG) ein klarer Fortschritt. Denn zuvor war man der Willkür der privaten Kassen ausgesetzt. Diese konnten Aufnahmen auch in der Grundversicherung verweigern, Versicherte ausschliessen oder Prämien unterschiedlich ansetzen. Trotzdem braucht es dringend einen Neuanfang! Zwei alte Zöpfe gehören abgeschnitten: die Kopf-

* Name geändert

WORK SOCIAL MEDIA: UNSERE TOP-STORY

Managerlöhne: An ihm scheiden sich für einmal keine Geister

Die Löhne und Boni der Schweizer CEO sind 2025 erneut kräftig gestiegen. Unangefochten an der Spitze ist Novartis-Chef Vasant Narasimhan. Er hat letztes Jahr sage und schreibe 24,88 Millionen Franken eingesackt. Eine Pflegefachfrau müsste dafür 370 Jahre arbeiten. Während bei den meisten Themen die Meinungen auseinandergehen, stellt sich hier niemand auf die Seite des Novartis-CEO.



@workzeitung

Es ist längst an der Zeit, über die Neulancierung der 1:12-Initiative nachzudenken!
Goran.Trujic71

Wer das noch schönreden will, braucht Hilfe. Selbst wenn er 15 Klone hätte, wäre dieser Lohn nicht gerechtfertigt.
Nexyo

Eat the rich!
Lavedejael

Und die Aktionäre? Das hier ist ein Witz. Richtig abgezockt werden wir von den Investoren!
The Druid

Wen wundert es, dass die Medikamentenpreise steigen...
Coni Lustenberger

Hey, alles easy. Für uns Pflegende wird ja applaudiert.
G.oof

Mit der SVP wird alles noch schlimmer.
Fred_va



prämien und der Pseudowettbewerb der Versicherer. Warum, erklärt SGB-Gesundheitsexperte Reto Wyss.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/30jahrevkv)
rebrand.ly/30jahrevkv

Bundesrat beschenkt Immo-Konzerne

Monat für Monat bezahlt jeder Miethaushalt im Schnitt 360 Franken zu viel Miete. Das widerspricht dem Gesetz (das nicht durchgesetzt wird). Jetzt will der Bundesrat den Immo-Haien noch mehr Milliarden zuschaufeln. Auf dem Verordnungsweg. Heisst:

ohne Mitsprache des Volkes. Wie so was möglich ist, erklärt work-Autor Clemens Studer.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/mia-geschenk)
rebrand.ly/mia-geschenk

Politiker bestrafen Chronischkranke

45 Prozent der Erwachsenen wählen bei der Krankenkasse die Mindestfranchise von 300 Franken. Vor allem tun das: Personen mit knappem Budget, die sich keine höhere Franchise leisten können, ältere Menschen mit höherem Risiko und Chronisch-

ranke, die oft Behandlungen benötigen. Jetzt will die bürgerliche Nationalratsmehrheit die Mindestfranchise auf 400 Franken hochschrauben – und dann noch weiter erhöhen. Es droht ein Franchisen-Plus von 33,33 Prozent! Die selbsternannten Gesundheitspolitiker haben noch anderes beschlossen: Wer in den Spitalnotfall muss, soll künftig 50 Franken Eintrittsgebühr bezahlen. Warum davon Pflegendenverbände, Ärzteorganisationen und selbst Krankenkassen nichts halten, lesen Sie online.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/notfallgebuehr)
rebrand.ly/notfallgebuehr



VERA ÇELIK: «Ich habe mir grundsätzliche Fragen zur Lohnarbeit gestellt und mich als Lernende gefragt: Ist es fair, dass wir im Vergleich zu unseren Verpflichtungen so wenig Rechte haben?» FOTO: JUN

Dentalassistentin, Gewerkschafterin, Gemeinderätin

«Spread Love!»

Vera Çelik (20) hat den Sprung ins Stadtparlament geschafft. Die gelernte Dentalassistentin ist die jüngste Gemeinderätin von Zürich. Als frisch gewählte Parlamentarierin will sie noch mehr Junge für Politik begeistern.

IWAN SCHAUWECKER

work: Sie sind vor kurzem für die SP in den Zürcher Gemeinderat gewählt worden. Gratulation! Wie ist es dazu gekommen?

Vera Çelik: Ich wollte nie Politikerin werden, das hat sich einfach so ergeben. Als ich fünfzehnjährig war, bin ich dem Klimastreik und dann der Juso beigetreten. Ein Nachbar hat mich darauf aufmerksam gemacht. Politik war damals aber mehr eine Nebenbeschäftigung für mich, ich habe das nicht so ernst genommen, ich war einfach links und «aware» – also gut informiert. Die Strukturen beim Klimastreik und der Juso waren sehr offen und transparent. Da konnte ich aktiv mitwirken. Ich war auch an nationalen Versammlungen, konnte an Positionspapieren mitschreiben und Demos mitorganisieren. Während der Lehre zur Dentalassistentin bin ich dann auch Mitglied der Unia geworden.

Was war der Grund für die Mitgliedschaft bei der Unia?

Die Unia war die einzige Gewerkschaft, die ich kannte. Ich habe gesehen, dass manche Dinge bei der Arbeit nicht gut laufen. Vor allem bei Mitlernenden. Meine Kollegin hatte zum Beispiel keine Mittagspause. Da dachte ich: Das kann nicht sein. Ich selber hatte zum Glück eine gute Lehrzeit und keine Probleme mit

In der Realität gibt es weniger Rassismus als auf Social Media.

meiner Arbeitgeberin, aber ich habe mir grundsätzliche Fragen zur Lohnarbeit gestellt und mich als Lernende gefragt: Ist es fair, dass wir im Vergleich zu unseren Verpflichtungen so wenig Rechte haben? Neben der konkreten Unterstützung, wie zum Beispiel Rechtsberatungen, finde ich die Gewerkschaften aber auch gesellschaftlich wichtig, denn es braucht eine starke Gegenlobby zu den Arbeitgeberverbänden.

Waren die Gewerkschaften in der Ausbildung ein Thema?

Bei den Lernenden wissen viele gar nicht, dass es Gewerkschaften gibt. In der Berufsschule hat man mich nicht darüber informiert. Das Einzige, was ich gelernt habe, war, dass ich bei einer Kündigung zu einer Gewerkschaft gehen könnte. Aber ich wusste gar nicht, was das ist. Die politische Relevanz und die Geschichte der Gewerkschaften sind vielen Jungen nicht bekannt.

Wie und wo erreichen Sie die jungen Menschen?

Vor allem über Tiktok. Ich versuche, junge Menschen bodenständig anzusprechen. Auf Tiktok gibt es viele Vorurteile gegen Linke und Grüne. Die Meinungen auf Social Media bilden sich sehr schnell, und es gibt oft wenig Vorwissen. Die jungen Menschen müssen angesprochen und involviert werden. Ich möchte als Gemeinderätin

Vera Çelik: Job und Politik

Die 20jährige Vera Çelik ist in Zürich Affoltern als Kind türkischer Eltern aufgewachsen. Nach der Sekundarschule hat sie sich für eine Lehre als Dentalassistentin entschieden. Während ihrer Lehrzeit ist sie Mitglied der Unia und der Juso geworden. Ab Mai sitzt sie für die SP im Zürcher Gemeinderat, und im Sommer wird sie mit der Berufsmaturitätsschule beginnen. (isc)

dafür sorgen, dass den Jungen mehr Vertrauen geschenkt wird und dass sie Verantwortung übernehmen können. In der Politik sollten die jungen Menschen besser vertreten sein. Mit meinem Engagement für soziale Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und für Tierrechte möchte ich auch ein Vorbild sein.

Haben Sie selber auch solche Vorbilder?

Bei mir ist das SP-Nationalrätin Anna Rosenwasser. Sie inspiriert mich immer noch. Sie zeigt auf, dass man in der Politik nicht ein «tough guy» sein und nicht jeden «roasten» – also fertigmachen – muss. Das ist eine grosse Hilfe für mich. Die Leute denken, dass man als Politikerin auch vieles einstecken können muss. Kritik ist normal, aber Hass nicht. Da muss ein klarer Unterschied gemacht werden. Mit Kritik kann ich sehr gut umgehen, sie hilft mir, dass ich meine Arbeit besser machen kann. Aber manche Leute erkennen nicht, dass sie sich diskriminierend verhalten.

Wie erleben Sie Diskriminierung?

Vor allem seit ich das Kopftuch trage, bin ich exponiert und erlebe dadurch Rassismus viel stärker als andere muslimische Frauen. Im Wahlkampf konnte ich auch mit vielen Leuten auf der Strasse sprechen und habe gesehen, dass es in der Realität viel weniger Rassismus als auf Social Media gibt. In der Gesellschaft gibt es so viele unterschiedliche Menschen, diese Diversität kann in den Medien gar nicht mehr richtig abgebildet werden. Wenn ich die Zeitung lese, sehe ich oft normalisierten Rassismus.

Und was gibt Ihnen trotzdem Vertrauen in eine bessere Zukunft?

Es gibt viele Menschen, die schauen nur für sich. Ich glaube aber, dass wir gute Lebensbedingungen für alle nur gemeinsam schaffen können. Auch meine eigene Aufstiegs Geschichte, da waren viele Menschen, die das möglich gemacht haben, sichtbar und unsichtbar. Wir müssen aufeinander schauen, das ist wichtig. Das ist das Schöne an der Gesellschaft, wir sind nicht auf einer Insel. Ich habe Vertrauen in die Menschen und die Community. Der persönliche Kontakt verändert oft viel. Dann stellt man die Leute nicht in eine Ecke. In die Gesellschaft reingehen, mit den Leuten sprechen, das ist die schönste Antwort auf Ausgrenzung. Meine Antwort: Spread Love! Liebe versprühen!

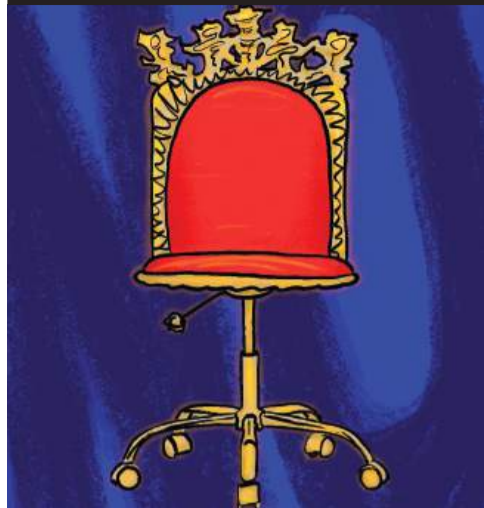


ILLUSTRATION: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und der königliche Bürostuhl

Zufällig habe ich bei einem Einkauf ein kras- ses Gespräch mit angehört. Ein Mitarbeiter erhielt von seinem Chef eine sehr harte und herabwürdigende Kritik. Ich war ziemlich baff und musste danach lange über diese Szene nachdenken. Wieso sprechen Vorge-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

setzte in diesem respektlosen Ton mit den Mitarbeitenden? Ich kenne das allzu gut. Ich hatte bereits alle möglichen Arten von Che- finnen und Chefs. Einige mussten sich auf diese Weise profilieren, weil sie geringe fachliche Kompetenzen aufwiesen, andere waren völlig überfordert. Es ist klar, dass un- sere Chefs, die genauso wie wir Mitarbeite- rinnen Ergebnisse liefern müssen, unter Druck stehen. Aber zu welchem Preis?

VERRÜCKTE IDEE. Dann kam mir eine ver- rückte Idee: Was wäre, wenn unsere Vorge- setzten sich bei uns Mitarbeiterinnen bewer- ben müssten anstatt beim HR? Und sofort überlegte ich mir: Was für ein Anforde- rungsprofil wäre mir wichtig? Welche wei- teren Eigenschaften ausser fachliche Kom- petenz sind notwendig? Was hilft mir, meine Arbeit einwandfrei zu erledigen?

UNSCHÖNES WORT. Ich brauche Vorgesetzte, die lösungsorientiert arbeiten. Und hier kommt's: Menschen, die mutig sind, Mass- nahmen zu ergreifen. Massnahmen. Ein unschönes Wort. Klingt für uns Mitarbeite- rinnen negativ, schon fast bedrohlich. Wir wollen eigentlich keine Massnahmen zu spü- ren bekommen. Massnahmen können aber sehr effizient sein. Wenn sie denn schlau umgesetzt werden. Wenn ein Arbeitsablauf

Unsere Chefs sollten sich bei uns bewerben. auf längere Zeit nicht funktioniert, bringt ein Rüttel, vor allem in der Öffentlichkeit, rein gar nichts. Gute Vorgesetzte stellen

Fragen: Warum klappt es nicht? Was können wir ändern und verbessern? Wo brauchen die Mitarbeitenden Unterstützung? Ein ge- wisses Mass an Reflexion, Flexibilität und ein gutes Gschpüri für Teamarbeit sind vom Chef erforderlich. Und Vertrauen. Denn Massnahmen zur Verbesserung unserer Ar- beit können wir auch selbst ergreifen.

EIGENE MASSNAHMEN. Durch die vielen Erfahrungen mit jähzornigen und überfor- derten Chefs habe ich gelernt, dass auch ich durchaus fähig bin, Massnahmen zu ergrei- fen. Ich kann Grenzen setzen. Und die Art, wie mit mir gesprochen wird, mitbestim- men. Klar kommunizieren, was ich brauche, damit ich speditiv und qualitativ gut arbei- ten kann. Dank meinen Massnahmen ist es mir gelungen, einige Vorgesetzte von ihrem königlichen Bürostuhl herunterzuholen. Sie sind auf dem Teppich gelandet, wo wir gemeinsam erfolgreich arbeiten konnten. Denn so, finde ich, funktioniert es am bes- ten für alle: als Team aufeinander zu ach- ten, damit wir gesund gemeinsam Heraus- forderungen meistern können.

Wegen Ja zur 13. AHV-Rente und Nein zu höherem Rentenalter Der rechte Rachezug geht in die Verlängerung

Im Dezember 2026 wird die 13. AHV-Rente zum ersten Mal ausgezahlt. Die rechten Parteien von SVP bis GLP sinnen immer noch auf Rache am Volk für das Ja zur Gewerkschaftsinitiative. Im Sommer geht's im Nationalrat weiter.

CLEMENS STUDER

Das Jahr 2024 war ein schlechtes Jahr für AHV-Feindinnen und Feinde: Im März sagte das Volk Ja zu einer 13. AHV-Rente und versenkte ein hö- heres Rentenalter mit 75 Prozent Nein-Stim- men. Und im September holten sie sich mit ei- ner neuerlichen Rentenklau-Vorlage im BVG gleich noch einmal eine blutige Nase. Es war eine Niederlagenserie, über die die rechten Par- teien bis heute nicht wirklich hinweggekom- men sind. Sie tröteln. Bereits kurz nach Bekanntgabe der Abstimmungs- resultate im März 2024 drohten sie of- fen mit Rache und damit, die 13. AHV-

Die Rechten im Nationalrat lehnen jeden Kompromiss ab.

Rente so unsozial wie möglich zu finanzieren. Möglichst ausschliesslich auf dem Buckel der Gering- und Mittelverdienenden und der Ren- tenbeziehenden. Und der grosse Teil der bür- gerlichen Fraktionen im nationalen Parlament ist immer noch auf Rache aus.

Zum Glück haben die Gewerkschaften bei der Formulierung der Initiative kluger- weise einen verbindlichen Zeitpunkt zur erst- maligen Auszahlung des AHV-Dreizehnten in das Begehren geschrieben. Und so wird die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner im kommenden Dezember zum ersten Mal mit einer zusätzlichen Rente gestärkt.

AUSBLUTUNGS-PHANTASIEN

Dank der schlaun Formulierung der Initia- tive konnte der Bundesrat die Auszahlung nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag ver- schieben. Die Retourkutsche von der SVP/FDP- Mehrheit im Bundesrat gegen das Volk – angeführt von FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter – folgte prompt: Finanzierung ausschliesslich über die Mehrwertsteuer, gleichzeitig Senkung des Bundesbeitrags an die AHV. Ein Doppelschlag gegen die Versi- cherten. Der Bundesbeitrag finanziert näm- lich unter anderem die besonders für Frauen wichtigen Erziehungs- und Betreuungsgut- schriften sowie die Hilflosenentschädigung.



FÜHRT DIE TRÖTZELNDE TRUPPE AN: FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter will sich am Volk mit einer unsozial finanzierten 13. AHV-Rente rächen. FOTO: KEYSTONE

Im Nationalrat lief der Rachezug wei- ter. Die zuständige Kommission trat auf das Geschäft nur hauchdünn ein, in der bisheri- gen Debatte lehnte die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat jeden Kompromiss ab. Statt- dessen beharrte sie auf einer reinen Mehr- wertsteuererhöhung, befristet bis 2030, und keinen Rappen über Lohnbeiträge.

STÄNDERAT BEWEIST RÜCKGRAT

Von dieser rachsüchtigen Ausblutungspolitik wollte der Ständerat nichts wissen. In der ge- rade beendeten Frühjahrsession 2026 hat die kleine Kammer ihren Kurs bestätigt und hält an einem soliden, kaufkraftschonenden Kom- promissmodell fest: einer Mischfinanzierung aus höheren Lohnbeiträgen und einer schritt- weisen Mehrwertsteuererhöhung. Konkret sollen die Lohnbeiträge um 0,3 Prozentpunkte steigen und die Mehrwertsteuer um 0,4 Pro- zentpunkte – etwas tiefer als ursprünglich dis- kutiert, möglich dank den guten Ergebnissen des AHV-Ausgleichs fonds in den letzten zwei Jahren.

GEWERKSCHAFTEN HATTEN LÖSUNG

Die Gewerkschaften hätten eine reine Fi- nanzierung über Lohnbeiträge bevorzugt.

Das haben sie auch im Abstimmungskampf immer betont. Denn Lohnbeiträge haben für die Mehrheit der Bevölkerung klare Vor- teile gegenüber der Mehrwertsteuer. Der grösste: Sie verteilen von oben nach unten um (siehe Artikel unten). Weil Bestverdie- nende, wenn sie schon seit Jahrzehnten bei den Steu- ern entlastet werden, immerhin auf ih- rem ganzen

Von dieser rachsüchtigen Politik wollte der Ständerat nichts wissen.

Lohn AHV-Beiträge bezahlen müssen, die Maximalrente aber gedeckelt ist.

Trotzdem unterstützt der Schweizeri- sche Gewerkschaftsbund die Mischfinanzie- rung des Ständerates als tragfähigen Brü- ckenschlag. Sie ist solide, generationenge- recht und dauerhaft. Ganz im Gegensatz zur Nationalratsversion, die das Problem schlicht auf die lange Bank schieben will, um die AHV auszubluten und dann eine Rentenaltererhöhung als «unausweichlich» erscheinen lassen will. In der Sommerses- sion geht's im Nationalrat in die nächste Runde.

Lohnbeiträge: Arbeitgeber zahlen immer weniger

Seit Jahrzehnten sinken die Steuern für Bestverdienende, Unternehmen, Erbinnen, Er- ben und Kapitalbesitzende. Das verschärft die soziale Un- gleichheit. Oder, wie es der alte Politspruch auf den Punkt

Weil auch Überverdiener mehr bezahlen müssen, laufen ihre Parteien Sturm.

bringt: Reiche werden immer reicher, Arme immer zahlrei- cher. Zumindest bei den Ein- kommen aus Arbeit gibt die AHV ein bisschen Gegensteuer: Die Beiträge sind auf den gesam- ten Lohn fällig, die Leistungen aber sind gedeckelt – das macht das System unverteilend.

GESUNKEN. Und trotzdem sin- ken die Lohnbeiträge der Ar-



MEHR RENTE FÜR ALLE: Das Volk sagte Ja zur Initiative. FOTO: KEYSTONE

beitgeber seit Jahren. Haupt- grund: weniger Kinder, weniger schwere Berufsunfälle – also tiefere Familienzulagen- und Berufsunfallversicherungsbei-

träge. Trotz der kleinen Er- höhung für die AHV im Rahmen der Steuer- reform STAF 2020 sind die Arbeit-

geberbeiträge heute tiefer als vor 15 Jahren. Die Beiträge für die Ar- beitslosenversicherung sind von 3 Prozent im Jahr 1995 auf heute 2,2 Prozent gesunken – und das Solidaritätsprozent für hohe Löhne wurde bereits Anfang 2023 ge-

strichen.

TRAGBAR. Eine Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3 Prozent- punkte – wie sie der Ständerat

gegenwärtig für die Finanzierung der 13. AHV-Rente

beschlossen hat – ist vor die- sem Hintergrund mehr als tragbar. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeu- tet das bei einem Monatslohn von 5000 Franken gerade mal 7.50 Franken mehr pro Monat. Doch weil eben auch Überver- diener und Boni-Abzocker mehr bezahlen müssen, laufen ihre Parteien gegen Lohnab- züge zur Sozialwerk-Finanzie- rung Sturm. Neuerdings unter- stützt von ihrer Denkfabrik Avenir Suisse. Die hat passend zur Debatte um die AHV-Fi- nanzierung eine Kampagne ge- gen Lohnabzüge lanciert. Das ist ebenso wenig überraschend wie deren wohlwollende Wei- terverbreitung durch die verei- nigten Aargauer und Zürcher Redaktionen.

Was die Kriminalstatistik 2025 deutlich macht:

Der gefährlichste Ort für eine Frau ist ihr Zuhause

Die neu erschienene Kriminalstatistik gibt viel zu reden. Für die SVP Anlass, um sich als die Beschützerin der Frauen aufzuspielen. Doch wo setzte sich die Partei in den vergangenen Jahren wirklich für die Rechte der Frauen ein?

DARIJA KNEŽEVIĆ

Es sind alarmierende Zahlen. Bereits das zweite Jahr in Folge steigt die Zahl von Straftaten im häuslichen Bereich. Ende März veröffentlichte das Bundesamt für Statistik die Kriminalstatistik 2025. Zu den Fakten: Die polizeilich registrierten Straftaten in der Schweiz sind gesamthaft gesunken. Der besorgniserregende Teil der Statistik: Die Gewaltstrafen sind um zwei Prozent angestiegen, total verzeichnete die Schweiz 49915 gemeldete Fälle. Davon 55 Tötungsdelikte.

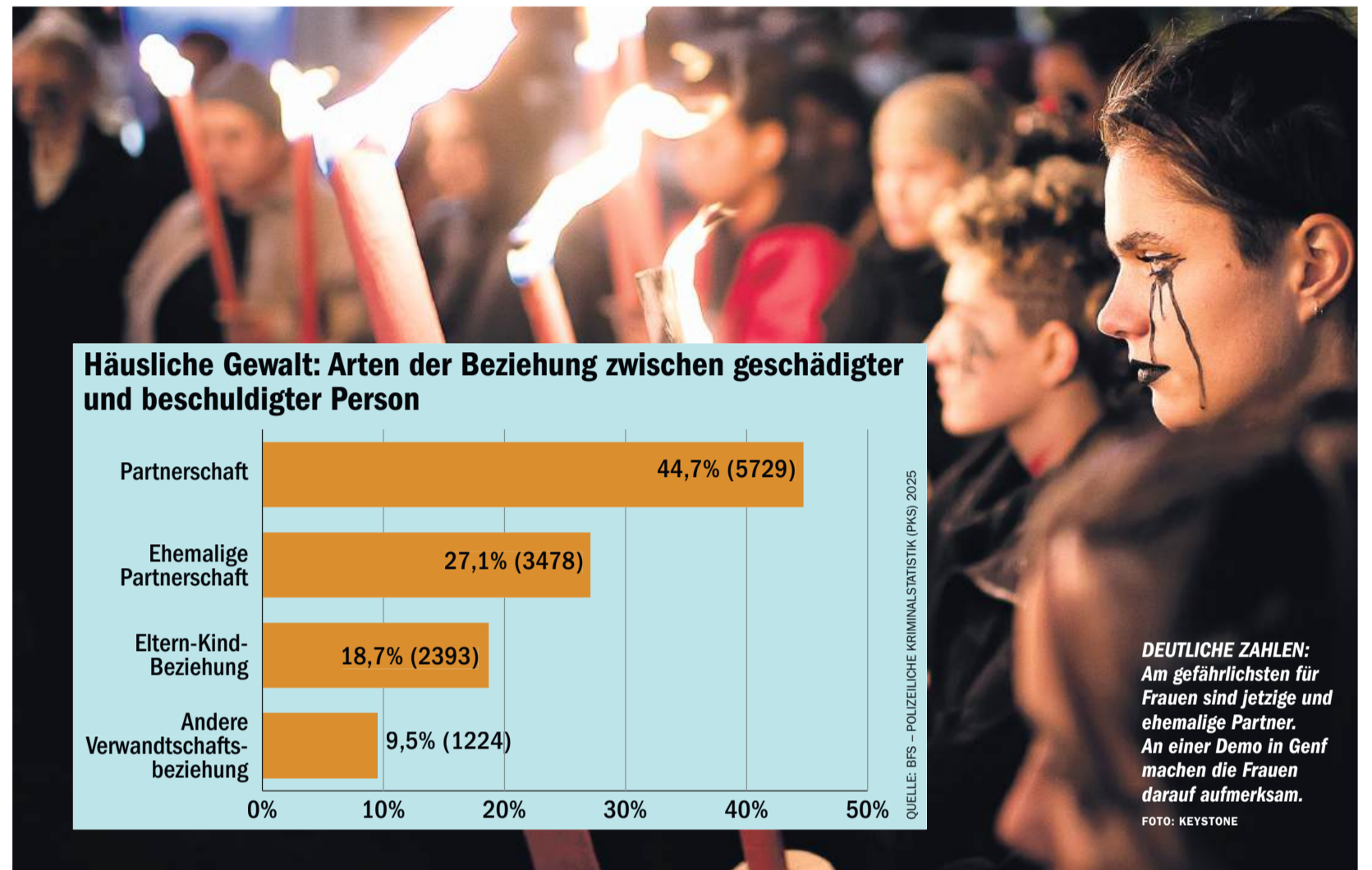
32 der Todesopfer waren Frauen. Die Statistik schlüsselt zudem auf, dass mehr als die Hälfte der vollendeten Tötungsdelikte innerhalb einer bestehenden oder ehemaligen Partnerschaft oder innerhalb der Familie verübt wurden. Und bestätigt damit, dass das eigene Zuhause für eine Frau der gefährlichste Ort ist. Und trotzdem stürzten sich Bürgerliche nach der Veröffentlichung der Kriminalstatistik auf die eine, vermeintlich wichtige Frage: Welche Herkunft haben die Täter?

DAS POLITISCHE NARRATIV

Die Statistik schlüsselt auf, wer die 92 147 Personen hinter den registrierten Straftaten sind: 42,1 Prozent sind Schweizer Staatsangehörige, 32,3 Prozent sind ausländische Staatsangehörige der ständigen Wohnbevölkerung, 5,8 Prozent sind Menschen mit Asylstatus und 19,8 Prozent gehören zur Kategorie «übrige Ausländerinnen und Ausländer». Die «übrigen Ausländerinnen und Ausländer» sind Kurzaufenthalter, Grenzgänger, Touristen oder Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Straftaten bei den Schweizer Staatsangehörigen gleich geblieben, bei den ausländischen Staatsangehörigen der ständigen Wohnbevölkerung sowie der Kategorie «übrige Ausländerinnen und Ausländer» im einstelligen Prozentbe-

Die SVP nutzt die Statistik, um Fremdenhass zu schüren.

reich gestiegen. Die grösste Veränderung fand bei der Bevölkerung mit Asylstatus statt: Dort sank die Zahl der beschuldigten Personen um 12,4 Prozent.



DEUTLICHE ZAHLEN: Am gefährlichsten für Frauen sind jetzige und ehemalige Partner. An einer Demo in Genf machen die Frauen darauf aufmerksam.

FOTO: KEYSTONE

Diese Aufschlüsselung bringt die Schweizerische Volkspartei zum Toben. Sie nutzt die Statistik, um ihr politisches Narrativ vom Fremdenhass zu schüren. Auch medial kommen rassistische Schlussfolgerungen nicht zu kurz. Wichtig zu erwähnen: In der Schweiz gibt es Straftaten, die Schweizerinnen und Schweizer gar nicht begehen können. Darunter Verstösse gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz.

Auffallend ist, wie entscheidende Angaben wie Alter, Geschlecht und Lebenslage bei der Beurteilung der Statistik nicht berücksichtigt werden. Denn es ist erwiesen: Armut und soziale Ausgrenzung fördern die Gewaltbereitschaft. Und gerade das Geschlecht ist in der Kriminalstatistik entscheidend. Weniger als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung ist männlich, trotzdem dominieren Männer deutlich die Kriminalstatistik.

Von total 30 364 beschuldigten Personen bei den Gewaltstrafaten handelt es sich bei 79,9 Prozent um Männer. Einfach gesagt: Vier von fünf Gewaltstrafaten werden in der Schweiz von Männern begangen.

SCHAF IM WOLFPSELZ

Gerade in ihrer aktuellen Abstimmungskampagne rund um die 10-Millionen-Schweiz inszeniert sich die SVP als die Beschützerin der Frauen. Doch ein genauer Blick zeigt, wie frauenfeindlich die Volkspartei politisiert. Ein aktuelles Beispiel ist die Abstimmung zur Motion von Grünen-Nationalrätin Manuela Weichelt. Sie forderte ein nationales Register zu Femiziden und häuslicher Gewalt. In der vergangenen Frühlingssession stimmte der Nationalrat darüber ab. Die Motion scheiterte wegen 3 Stimmen Differenz. Die Fraktion der SVP stimmte geschlossen dagegen.

Weiter ein Beispiel aus der vergangenen Wintersession, bei der das Budget debattiert wurde. Und damit die Frage, wie viel Geld für den

Kampf gegen Gewalt an Frauen zur Verfügung steht. Auch da bremste eine knappe Mehrheit aus SVP, Teilen der FDP und der Mitte die Finanzierung. Den Stichtentscheid gegen ein höheres Budget zum Schutz von Frauen gab Nationalratspräsident Pierre-André Page von der SVP. Erst nach einer Spontandemo und Druck von der Strasse wurde die Finanzierung aufgestockt.

Das frauenfeindliche Politisieren der SVP geht noch viel weiter zurück. Sie wehrte sich 1992 gegen die Revision der Sexualstrafrechts, die die Vergewaltigung in der Ehe als Tatbestand aufnahm. Sie wehrte sich 2016 gegen den Beitritt der Schweiz zur Istanbul-Konvention. Die Konvention, ein Übereinkommen des Europarats, fordert professionelle Beratung und Schutzmassnahmen für Opfer von Gewalt, genügend Schutzplätze, gemessen an der Bevölkerungsgrösse, Präventionskampagnen und vieles mehr. Weiter wehrte sich die SVP auch gegen die Einführung des Gleichstellungsartikels (1981) sowie gegen das Frauenstimmrecht (1971).

Gewalt mit KI: Schutzlos im digitalen Raum

Der Schauspieler Christian Ulmen soll KI-generierte Pornoinhalte von seiner Ex-Frau Collien Fernandes erstellt haben. Auch FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter wurde schon Opfer von sexistischen KI-Chatbots.

Ein aktueller Fall aus Deutschland schockiert weit über die Landesgrenzen. Was die Schauspielerinnen und Moderatorin Collien Fernandes erlebte, gleicht einem Albtraum. Wie eine Recherche vom «Spiegel» Mitte März aufdeckte, soll ihr Ex-Mann Christian Ulmen über 10 Jahre lang Fake-Profilen in ihrem Namen erstellt, KI-generierte pornographische Inhalte von Fernandes verbreitet und Onlinedating sowie Telefonsex in ihrem Namen betrieben haben.

Die Solidarität mit Fernandes ist immens, Tausende Menschen de-

monstrierten in mehreren deutschen Städten gegen digitale, sexualisierte Gewalt. Die Demonstrierenden fordern mehr Schutz. Daran entstand ein Katalog mit 10 Forderungen an die Bundesregierung. Dieser verlangt die Strafbarkeit von Erstellung und Verbreitung sexualisierter Deepfakes sowie konsequente Plattformregulierung. Und weiter eine spezialisierte Justiz, Polizei, Schutzstrukturen. Der ganze Forderungskatalog: rebrand.ly/solidarität-mit-fernandes.

MERZ SUCHT SCHULDIGE. Und was sagt Bundeskanzler Friedrich Merz dazu? Erst schweigt er tagelang.



Als er Ende März im Bundestag das Wort zum Fall Fernandes / Ulmen ergreift, ist die Ernüchterung riesig. Erst sprach der Bundeskanzler über die «explodierende Gewalt in unserer Gesellschaft» und dass der Bundestag dagegen etwas unternehmen müsse. Doch dann fügte er zu: «Und dann müssen wir auch ansprechen, dass ein beachtlicher Teil dieser Gewalt aus den Gruppen der Zuwanderer in die Bundesrepublik Deutschland kommt.» Wir halten fest: In der deutschen Politik wird Gewalt an Frauen im Bundestag diskutiert,

weil Collien Fernandes, mit Migrationsgeschichte aus Indien, Portugal und Ungarn, jahrelang von ihrem deutschen Ehemann digital missbraucht wurde. Und für Bundeskanzler Merz ist dies wieder die Gelegenheit, Menschen mit Migrationsgeschichte in die Mangel zu nehmen.

BUNDESRÄTIN. Opfer von vulgären und sexistischen Anfeindungen im digitalen Raum durch künstliche In-

Der Bundesrat sieht keine Notwendigkeit zum Handeln.

telligenz wurde kürzlich auch FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Ein Nutzer auf X (ehemals Twitter) forderte den KI-Chatbot «Grok» auf, «Bundesrätin KKS, meine Lieblings-

Tussi», zu beleidigen. Dabei solle die KI von Musk sie «ganz hart rannehmen, mit total ver**ktem Gassen-Slang». Darauf folgten widerliche Aussagen. Bundesrätin Keller-Sutter liess sich dies nicht gefallen und reichte inzwischen Strafanzeige wegen Verleumdung und Beschimpfung ein.

KEIN GESETZ. Erst im letzten Jahr forderte Grünen-Nationalrat Raphaël Mahaim mit einer Motion, dass der Bundesrat einen Gesetzesentwurf gegen Deepfakes vorlege. Dabei macht der Nationalrat aufmerksam, dass Bilder von Frauen und Kindern von der künstlichen Intelligenz für Pornographie missbraucht werden. Doch der Bundesrat sieht keine Notwendigkeit. Anders das EU-Parlament: Es beschloss vor wenigen Tagen ein Verbot von KI, die Deepfakes erstellen kann. (dak)

Sexuelle Übergriffe Opfer sind bald besser versichert

Eine Frau wird auf dem Nachhauseweg betäubt und vergewaltigt. Doch die Suva bezahlt dem Opfer keine Versicherungsleistung. Der Fall kommt vor das Bundesgericht. Und bewirkt, dass der Bundesrat jetzt eine wichtige Gesetzeslücke schliessen will.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Zürich, Oktober 2021, Samstagnacht: Eine Frau wird auf ihrem Nachhauseweg vom Ausgang abgepasst. Am nächsten Morgen

Sie muss ihren Job aufgeben, doch von der Suva erhält sie kein Geld.

wacht sie in ihrer eigenen Wohnung auf, der fremde Mann in ihrem Bett macht sich sofort aus dem Staub. Der Frau fehlt jegliche Erinnerung, seitdem sie den Club verlassen hat. Ärztliche Gutachten bestätigen der Frau, dass sie betäubt und vergewaltigt wurde.

Dieses traumatische Erlebnis wirft sie komplett aus der Bahn. Sie muss ihren Job aufgeben und bleibt lange Zeit erwerbsunfähig. Von ihrer Unfallversicherung Suva erhält sie aber kein Geld. Der Grund: Sie war zum Zeitpunkt des Übergriffs bewusstlos. Denn damit ein Unfall als ein «qualifizierendes Schreckereignis» eingestuft wird, muss die bewusste Wahrnehmung «eines gewaltsamen Vorfalls» erfolgen.

Die Frau lässt dies nicht auf sich sitzen und geht rechtlich gegen die Suva vor. Der Fall landet erst vor dem Zürcher Sozialversicherungsgericht, die Suva zieht diesen



RECHTSSTREIT: Die Suva bekommt recht, doch das Gesetz ist lückenhaft. FOTO: KEYSTONE

weiter bis vors Bundesgericht. Das Urteil: Die Suva bekommt recht.

KRANKEN- ODER UNFALLVERSICHERUNG. Das Bundesgericht schreibt im Urteil, dass es zwar nachvollziehbar sei, durch den Verdacht eines sexuellen Übergriffs einen psychischen Schock zu erleiden. Doch die Umstände erfüllten schlicht nicht die gesetzlichen Kriterien eines Unfalls. Eine herbe Begründung, denn für ein Opfer ist es entscheidend, ob ein solches Ereignis über die Unfallversicherung oder die Krankenversicherung geregelt wird. Eine Unfallversicherung deckt die unfallbedingten Kosten und unterstützt bei der Rehabilitation sowie Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Bei der Krankenversicherung fallen die Kosten auf die Betroffene zurück, und es gibt keine Unterstützung, um in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

FORTSCHRITT FÜR ALLE. Grünen-Nationalrätin Léonore Porchet forderte nach dem Bundesgerichtsurteil eine Stellungnahme vom Bundesrat. Dieser rechtfertigte zwar das Urteil, will aber den Schutz von Opfern sexueller Übergriffe verbessern. Am 1. April gab er eine entsprechende Änderung des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) in die Vernehmlassung. Dass bestimmte sexuelle Übergriffe aufgrund von chemischer Unterwerfung nicht die Kriterien für einen Unfall erfüllten, sei eine Lücke. Künftig sollen Gesundheitsschäden infolge von sexuellen Übergriffen, sexueller Nötigung oder Vergewaltigung systematisch als «Unfall im rechtlichen Sinne anerkannt und somit vom UVG abgedeckt werden», dies auch bei «Urteils- oder Widerstandsunfähigkeit». Auch die Suva begrüsst, dass der Bundesrat diese Lücke im UVG schliessen will.

Dieser Entscheid ist wegweisend für die Temporärarbeit Bundesgericht bremst die «Uberisierung» der Pflege

Temporärarbeit in der Pflege ist gang und gäbe. Doch nicht alles, was die Vermittler anbieten, entspricht dem Gesetz. Das hat das Bundesgericht jetzt festgehalten. Es ist ein Entscheid mit erheblichen Auswirkungen.

CLEMENS STUDER

Diesen Ablauf kennt jede temporär arbeitende Pflegefachperson: Registrierung bei einer Vermittlungsfirma, Rahmenvertrag, Onlinekalendar. Wer verfügbar ist, trägt sich ein. Wer gebraucht wird, bekommt einen Einsatz. Für Spitäler und Heime ist der Puffer gegen Ausfälle und zum Glätten von Spitzen prak-

«Die Plattformisierung der Temporärarbeit in der Pflege bleibt ein Problem.»

SAMUEL BURRI, UNIA-CO-LEITER PFLEGE

tisch. Wie weit diese «Flexibilisierung» auf Kosten der Pflegenden gehen darf, ist nun höchststrichrichtlich geklärt. Kurzfassung: nicht so weit, wie eine Zürcher Firma meinte.

ZUGER GEGEN ZÜRCHER

Den Prozess angestrengt hat nicht etwa eine Gewerkschaft, sondern ein Konkurrent (work hat berichtet: rebrand.ly/pflege-auf-abruf). Die Zuger Vermittlungsfirma Flexhaus zog gegen die Zürcher Konkurrentin CareAnesth wegen unlauteren Wettbewerbs vor Gericht. Der Vorwurf: CareAnesth entschädige Temporärangestellte nicht für Zeiten, in denen sie auf Abruf bereitstehen müssten, aber noch keinen Einsatz leisteten. Das verschaffe einen Preisvorteil gegenüber Konkurrentinnen, die korrekt abrechneten. Dazu kämen Einsatzverträge, die formal nicht gültig seien.



ARBEIT AUF ABRUF: Das Bundesgericht hat entschieden, dass Temporärarbeitende in der Pflege auch für Pikettendienste entschädigt werden müssen. FOTOS: CANVA / MONTAGE: WORK

Das Zuger Obergericht gab Flexhaus im Oktober 2025 recht und erliess eine vorsorgliche Massnahme, die seit dem 1. Januar 2026 in Kraft ist. Die Beschwerde von CareAnesth hatte keine aufschiebende Wirkung.

ECHTE UND UNECHTE ARBEIT

Der Kern des Streits ist eine arbeitsrechtliche Unterscheidung, die im Alltag von Arbeitgeberseite schnell einmal «vergessen» geht:

- Echte Arbeit auf Abruf liegt vor, wenn der Arbeitgeber festlegt, wann jemand zu arbeiten hat – ohne dass die Person dann noch ablehnen kann. Wer in dieser Zeit «auf Abruf» bleibt, kann nicht frei über die eigene Zeit verfügen. Diese Bereitschaft ist deshalb zu entschädigen, auch wenn am Ende kein Einsatz stattfindet.
- Unechte Arbeit auf Abruf bedeutet: Es gibt zwar Anfragen, aber die Arbeitnehmerin kann Nein sagen. Dann entsteht die Pflicht erst mit

der Zustimmung. Für die blosse Verfügbarkeit ist keine Entschädigung geschuldet.

Was macht ein Pool-Modell zur echten Arbeit auf Abruf? Das Gericht schaute sich im konkreten Fall den Ablauf genau an. Verfügbarkeiten können die Pflegenden selbst eintragen und theoretisch auch wieder löschen. Doch sobald ein Einsatzbetrieb gebucht hat, ist die Wahlfreiheit vorbei. Kein Ablehnungsrecht mehr. Das ist für das Gericht die entscheidende Schwelle. Die Folge: CareAnesth darf keine Einsatzverträge mehr abschliessen, die echte Arbeit auf Abruf mit weniger als 10 Prozent Rufbereitschaftsentuschädigung vorsehen.

KLICK REICHT NICHT

Das Geld ist die eine Sache. Die andere ist die Frage der Vertragsform. Das Arbeitsvermittlungsgesetz verlangt für Einsätze über sechs Stunden einen schriftlichen Vertrag. Dieser muss eigenhändig

unterschrieben sein oder mit qualifizierter elektronischer Signatur versehen. Viele Pool-Firmen behelfen sich damit, eine einmal geleistete Signatur zu speichern und später per Mausclick zu rezyklisieren. Das genügt nicht, so das Gericht. Auch dann nicht, wenn die Unterschrift ursprünglich auf einem Touchscreen geleistet wurde.

UNIA BEGRÜSST ENTSCHEID

Die Unia hatte den Fall von Anfang an genau verfolgt. Samuel Burri, Co-Leiter Pflege, sagt: «Dieser Entscheid klärt etwas, was eigentlich selbstverständlich wäre: Pikettendienst muss entschädigt werden. Die Plattformisierung der Temporärarbeit im Gesundheitswesen bleibt ein Problem. Betriebe buchen temporäres Personal nur noch kurzfristig für einzelne Dienste. Das setzt die bestehenden Teams massiv unter Druck, weil immer neue Leute kommen, die für kurze Zeit eingearbeitet werden müssen.»

Ladenöffnungszeiten: Gewerkschaften, SP und SVP spannen zusammen Luzern stimmt wieder mal ab

Eigentlich ging's um Hofläden auf Bauernhöfen. FDP und GLP zimmerten daraus ein Pro-Tankstellenshop-Gesetz. Dagegen kämpfen jetzt Gewerkschaften, Detailhändler, SVP und SP Seite an Seite.

CLEMENS STUDER

Eigentlich wollten die Bauern einfach eine gesetzliche Absicherung ihrer Extrawurst in Sachen Hofläden. Die war weggefallen, weil die Gewerbebehörde und das Justizdepartement einen Verkaufscontainer in der Stadt Luzern für dem Ladenöffnungsgesetz unterstellt erklärte. Die Begründung traf auch auf die Hofläden zu. Und weil die Bauernsamen in diesem Land im allgemeinen und im Kanton Luzern besonders darauf vertrauen kann, dass ihre Anlie-

gen bei der Parlamentsmehrheit gute Aufnahme finden, sah alles nach einer kurzen Sache aus. Gegen einen SVP-Vorstoss, Warenverkaufsautomaten und Hofläden auf Bauernhöfen als Ausnahme ins Gesetz aufzunehmen, ob mit Türe oder ohne, erwuchs kaum Widerstand. Doch dann spürten sich FDP und GLP nicht mehr, der grösste Teil der Mitte liess sich anstecken, und selbst eine Minderheit der Grünen machte mit:



STEIN DES ANSTOSSES: Ursprünglich ging es um Hofläden, dann spürten sich FDP und GLP nicht mehr. FOTO: KEYSTONE

Am Schluss stimmte das Luzerner Kantonsparlament mit 61 zu 49 Stimmen einem Gesetz zu, das auf seinem Weg durchs Parlament immer mehr Läden von den bisher geltenden Ladenöffnungszeiten ausnehmen wollte.

UNIA MIT DER SVP

Von Anfang an konsequent gegen eine Durchlöcherung des Arbeitnehmenschutzes ausserhalb der wahren Hofläden wehrten sich die SP und die Gewerkschaften. Im Laufe der Debatte schlugen insbesondere FDP und GLP immer absurdere Ausnahmen vor. Zum Beispiel sollte eine E-Mobil-Ladestation vor einem Laden ausreichen, um ihn zum Tankstellenshop zu machen, mit Ladenöffnungszeiten von 5 bis 22 Uhr. Doch damit wurde es auch der SVP-Fraktion zu viel: «Wir wollen einfach, dass die Hofläden auf dem Hof bleiben und lokale Produkte verkaufen.» Daraufhin bildete sich eine bemerkenswerte Koalition von

«Wir werden diese Abstimmung gewinnen.»

GEWERKSCHAFTER URBAN SAGER

SP-Kantonsparlamentarier. Er sagt über seine Erfahrungen beim Unterschriftensammeln: «Viele Leute waren über die Ladenöffnungs-Zwängerei genervt und darüber, dass der Wille der Bevölkerung nicht akzeptiert wird.» Das Luzerner Stimmvolk hat schon mehrfach und deutlich längeren Ladenöffnungszeiten Abfuhr erteilt. Auch für die neue Abstimmung ist SP-Parlamentarier und VPOD-Gewerkschafter Urban Sager zuversichtlich. In der Lokalpresse sagte er: «Wir werden gewinnen.»

Start-up-Träume in der Maggi-Fabrik

Luxusautos und Laborfleisch



INDUSTRIE-FLAIR IM BACKSTEINLOOK: Unter dem Namen «The Valley» hat sich das ehemalige Maggi-Areal in einen Ort für Start-ups und Veranstaltungen verwandelt. FOTO: ISC

Die frühere Maggi-Fabrik in Kemptthal ZH entwickelt sich zu einem neuen Zentrum der Lebensmittelindustrie. Ein israelisches Start-up züchtet Laborfleisch, und die Schweizer Firma Planted produziert Fleischersatzprodukte. Dem eigenen Anspruch nach sozialer Nachhaltigkeit wird Planted allerdings nicht ganz gerecht.

IWAN SCHAUWECKER

Wer am Bahnhof Kemptthal zwischen Zürich und Winterthur ansteigt, erkennt sofort das industrielle Flair des Ortes: Entlang der Bahnlinie erstrecken sich über 800 Metern verschiedenste Fabrikbauten im typischen Backsteinlook. Auch einer der vielen Schornsteine hat überlebt, und alte Gleisspuren erinnern an die Zeit, als die Maggi-Fabrik mit 2000 Mitarbeitenden Bouillonwürfel, Fertigsuppen, Knöpfli und Maggi-Sauce produzierte (siehe Text unten). Damals hing Rauch und Gewürzgeruch über dem engen Tal. Heute ist die Luft rein, es rauscht nur die nahe gelegene Autobahn.

MARTIN EBNER KAUFTE «THE VALLEY»

Der Standort wird jetzt unter dem Titel «The Valley» vermarktet und ist seit kurzem im Besitz der Immobilienfirma Intershop des Finanzspekulanten Martin Ebner (80). Das historische Areal hat sich in den letzten Jahren von einer stillgelegten Lebensmittel-

Im «Valley» haben sich 150 Firmen mit 1200 Mitarbeitenden niedergelassen.

fabrik zu einem Start-up- und Veranstaltungsort gewandelt. Insgesamt haben sich 150 Firmen mit 1200 Mitarbeitenden im «Valley» niedergelassen. Und es sind nicht nur hippe Sushilokale, Fitnessstudios und Händler von Luxusautos, die das Industriearéal neu beleben. Auch die Lebensmittelindustrie ist zurück. Seit 2021 produziert die Schweizer Firma Planted hier ihre Fleischersatzprodukte. Und 2025 ist auch das israelische Unternehmen Aleph Farms eingezogen und baut in «The Cultured Hub», einem Konsortium von Migros Industrie, Givaudan und Bühler, eine Produktionsstätte für Laborfleisch auf.

FRUSTRIERTE PLANTED-MITARBEITENDE

Im «Planted Bistro», das sich am Hauptplatz des Fabrikareals befindet, erlaubt ein grosses Fenster Einblick in die Produktionsanlagen von Planted. Das vegane Guggeli und den Kebab kann man hier mit gutem Gewissen essen, zumindest was Klimaschutz und Tierwohl angeht. Bei den Arbeitsbedingungen ist die Situation allerdings weniger transparent. Planted beschäftigt 46 Mitarbeitende in der Produktion und etwa 100 Personen in den Büros am Hauptsitz. Auf der Bewertungsplattform Kununu äusserten sich in den letzten Monaten mehrere Mitarbeitende kritisch über die Arbeitsbedingungen. Ein Mitarbeiter schreibt: «Wir sind echt frustriert und wütend, vielen langjährigen Mitarbeitenden wurde gekündigt, und die Unsicherheit ist seit zwei Jahren hoch. Was Lohn und Boni anbelangt, herrscht totale Willkür.» Ein anderer ehemaliger Mitarbeiter schreibt: «Planted sollte lernen, dass sie nach sieben Jahren kein Start-up mehr sind. Die Bezahlung ist schlecht, es gibt keinen 13. Monatslohn und auch sonst fast keine Benefits mehr.»

KEIN INTERESSE AN GAV

Die Mediensprecherin von Planted sagt zu den Vorwürfen: «In den letzten zwei Jahren sind wir stark gewachsen, haben neue Standorte aufgebaut und in verschiedenen Bereichen neue Mitarbeitende eingestellt, während es in anderen Bereichen zu Fluktuation gekommen ist.» Zu den Löhnen sagt sie: «Wir stellen sicher, dass unsere Löhne in der Produktion marktgerecht, wettbewerbsfähig und im Einklang mit den geltenden gesetzlichen sowie branchenüblichen Standards sind. Darüber hinaus achten wir darauf, unseren Mitarbeitenden faire und transparente Anstellungsbedingungen sowie ein sicheres Arbeitsumfeld zu bieten. Konkrete Lohnzahlen können wir derzeit aber nicht kommunizieren.»

Die Unia Zürich-Schaffhausen wollte sich auch schon mit dem Planted-CEO Pascal Bieri treffen, um über eine Sozialpartnerschaft zu sprechen. Bisher gibt es von Planted aber kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und einem Firmen-GAV.

Maggi: Sozialpionier und Grosslieferant der Wehrmacht

Maggi war die grösste Nahrungsmittelfabrik des Kantons Zürich und hatte einen guten Draht zu den Nazis. Der frühere Klassiker der Schweizer Küche ist heute insbesondere in afrikanischen Ländern beliebt.

IWAN SCHAUWECKER

Michael Maggi (1807–1881) kam 1828 als politischer Flüchtling aus Italien in die Schweiz, war Müller in Frauenfeld und kaufte 1861 die Mühle im zürcherischen Kemptthal. Sie hatte einen sehr vorteilhaften Standort, denn sie lag direkt an der neu eröffneten Eisenbahnlinie Zürich–Winterthur. Maggis Sohn Julius (1846–1912) übernahm 1868 den Betrieb und gründete die Kollektivgesellschaft «J. Maggi & Cie». 1883

produzierte die Fabrik aus Bohnen und Erbsen erstmals ein Fertigsuppe und entwickelte sich in den Folgejahrzehnten zur wichtigsten Nahrungsmittelfabrik und einem der grössten Arbeitgeber des Kantons Zürich. Die Firma expandierte und eröffnete auch ein Werk in der süddeutschen Stadt Singen, wo bis heute Bouillon produziert wird.

STREIKSCHLICHTER

Das Unternehmen war aber nicht nur Pionier für Fertigsuppen, sondern auch bei den Sozialleistungen. Maggi betrieb Kantinen, baute Arbeiterwohnungen und führte eine Betriebskrankenkasse, Witwen- und Altersrenten sowie 1906 den freien Samstag ein. Julius Maggi vermittelte bei einem Streik in Singen im Jahr 1907 erfolgreich zwischen der

Geschäftsleitung und der Arbeiterschaft. 1912 gelang in Singen der Abschluss des ersten Tarifvertrags in der deutschen Ernährungsindustrie.

Maggi führte bereits 1906 den freien Samstag ein.

Durch gute Beziehungen zu den Nazis erhielt die Maggi Holding im Zweiten Weltkrieg einen Exklusivvertrag zur Belieferung der Wehrmacht. Während der Kriegsjahre gingen etwa zwei Drittel der Maggi-Produktion an die Wehrmacht. Die Fusion mit Nestlé im Jahr 1947 sollte auch das Nazi-Image beseitigen.

Im Jahr 2002 verkaufte Nestlé das Maggi-Areal in Kemptthal an den Duftstoffkonzern Givaudan. Maggi



FABRIKALLTAG: Blick in die Verpackungsabteilung von Maggi in Kemptthal im Jahr 1945. FOTO: KEYSTONE

produziert für Nestlé weiterhin weltweit in zahlreichen Fabriken in Asien, Afrika, Amerika und Europa. Insbesondere in West- und Zentralafrika werden die Maggi-

Gewürzwürfel täglich als Grundnahrungsmittel verwendet. Durch das ehemalige Maggi-Industriearéal in Kemptthal führt heute auch der Kemptweg bis nach Ill-

nau. An 20 Stationen lässt sich die Industriegeschichte des Kempttals entdecken: vom Liebstöckel, das bei den Leuten als «Maggikraut» bekannt war, über die Wohnkolonie bis zum «Paradies», wo früher die Badehäuschen der Arbeiterinnen und Arbeiter an der Kempt standen.

Das Klimakollektiv, das die Reichen und Mächtigen in diesem Land stört

«Alleine bist du machtlos»

Nils Huber ist Koch und Klimaaktivist. Mit dem Drop-Klimakollektiv hat er schon UBS-Chef Sergio Ermotti, Bundesrat Albert Rösti und Unternehmer Peter Spuhler überrascht. Ende März war er zu Besuch bei NZZ-Chefredaktor Eric Gujer.

IWAN SCHAUWECKER

Bis die vier Aktivistinnen und Aktivisten vor die Bühne treten, verläuft die Veranstaltung im Foyer der NZZ in geordneten Bahnen. NZZ-Chefredaktor Eric Gujer referiert unter dem Titel «Die Uno – eine Vision schafft sich ab» über den Zerfall der Weltordnung und die Zeit der Raubtiere. Doch an diesem Frühlingsabend tauchen an der Zürcher Falkenstrasse keine Raubtiere auf, sondern Menschen, die die

Das bürgerlich orientierte Publikum reagiert mit Buhrufen auf die Aktion.

Berichterstattung der NZZ nicht weiter hinnehmen wollen. Sie werfen der Zeitung «bewusste und systematische Verharmlosung und Leugnung des wissenschaftlichen Konsenses in der Klimakrise» vor.

NEIN ZUR ZUKUNFT: NZZ

Einer der Aktivisten ruft Eric Gujer zu: «Journalismus ist nicht nur, worüber man berichtet, sondern vor allem, worüber man nicht berichtet.» Das bürgerlich orientierte Publikum reagiert mit Buhrufen, und die Security-Leute stürmen nach vorne. Sie reißen den Aktivistinnen und Aktivisten das Transparent mit dem Slogan «Nein zur Zukunft» in NZZ-Schrift runter. Ein älterer Zuschauer schlägt

auf den Drop-Fotografen ein. Eine Frau aus dem Drop-Kollektiv richtet sich daraufhin direkt an Gujer und sagt ihm die Meinung. Nach fünf Minuten und einigem weiteren Gerangel ist die Aktion vorbei, und die Störenfriede ziehen singend ab.

STÖRAKTIONEN IM ALLTAG

work trifft Nils Huber (33), einen der beteiligten Aktivisten. Huber arbeitet als Koch und ist seit letztem Jahr Teil des Drop-Kollektivs, das die Hauptverantwortlichen der Klimakatastrophe in der Schweiz konfrontiert: Im vergangenen Herbst besuchten sie UBS-CEO Sergio Ermotti, Stadler-Chef Peter Spuhler und Energieminister Albert Rösti bei öffentlichen Podiumsveranstaltungen. Huber sagt: «Durch unsere Aktionen wollen wir in der Klimabewegung die Hemmschwelle absenken und zu weiteren Störaktionen ermutigen.» Das könne auch mal im Alltag bei der Arbeit sein und müsse sich nicht nur auf prominente Personen und öffentliche Bühnen beschränken. Das Kollektiv will mit seinen Aktionen Aufmerksamkeit für die Klimakrise schaffen und den Fokus auf Personen lenken, die in Machtpositionen sitzen und «Klimasabotage» betreiben. Die UBS investiere weiterhin Milliarden in Öl- und Gaskonzerne, Albert Rösti sabotiere die Energiewende, und Peter Spuhler sei wegen seines Einsatzes gegen die Erbschaftsteuer und wegen Steuerumgehungen in den Fokus der Gruppe geraten.

Huber sieht Drop dabei als Teil einer Klimabewegung, bei der viele verschiedene Organisationen mit unterschiedlichen Strategien ein gemeinsames Ziel verfolgen: den möglichst schnellen Ausstieg aus Öl und Gas. Das Kollektiv ist auch international vernetzt über das A22 Network, das bis 2024 mit Strassenblockaden und Klebeaktionen Bekanntheit erlangte.

LEIDENSGEMEINSCHAFT

Vor einer Störaktion verabredet sich das Kollektiv jeweils zu einem Trai-



KOCH UND KLIMAAKTIVIST: Nils Huber will mit dem Klimakollektiv auch andere zu Störaktionen ermutigen. FOTO: ZVG

ning und geht die Aktion Schritt für Schritt durch. Die Gruppe trifft sich auch wöchentlich zu Online-Meetings. Für Huber ist es ermutigend, dass es andere Menschen gibt, die sich weiterhin für Klimaschutz engagieren: «Alleine bist du verloren und machtlos. Wir sind eine Leidensgemeinschaft und eine Selbsthilfegruppe, aber wir haben auch Spass mit unseren Aktionen.» In der Gesellschaft nimmt Huber eine

grosse Resignation wahr. Viele Leute hätten den Glauben an eine Kehrtwende verloren und glaubten, dass die Menschheit verloren sei. Doch Huber ist überzeugt: «Wir können und müssen aussteigen aus den fossilen Energieträgern, aber je länger wir warten, desto höher wird der Preis sein.»

Wichtig ist für Huber, dass wir aufhören, uns gegenseitig unsere kleinen Umweltsünden vorzuhal-

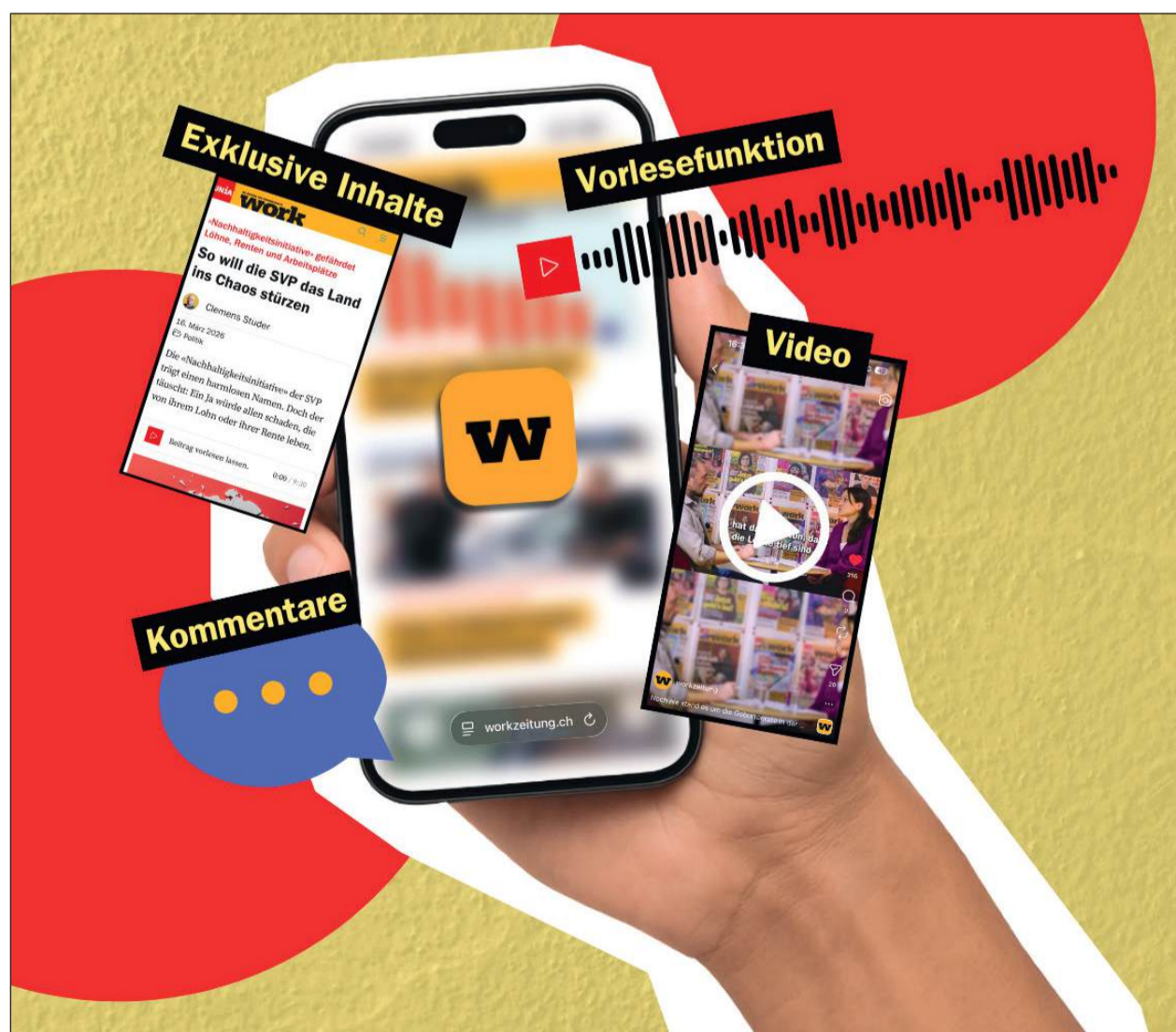
Erfindung von BP: 20 Jahre ökologischer Fussabdruck

Immer mehr Menschen versuchen nachhaltig zu leben. Sie ernähren sich vegetarisch, fahren mit dem Velo zur Arbeit und verzichten auf Flugreisen – das ist vorbildlich. Das Ziel: Der eigene ökologische Fussabdruck soll möglichst klein werden. Doch dieses Konzept der individuellen und konsumorientierten Verantwortung hat zu keiner Reduktion der weltweiten Emissionen geführt. In der Schweiz werden die planetaren Belastungsgrenzen auch 20 Jahre nach der Einführung des ökologischen Fussabdrucks konstant massiv überschritten.

REINE PR. Die Idee des CO₂-Fussabdrucks verbreiteten ab dem Jahr 2006 nicht Klimaaktivisten und Forscherinnen, sondern der Ölkonzern British Petroleum (BP). Er brachte das Konzept des ökologischen Fussabdrucks mit Werbemillionen unter die Leute. Nicht die Produzenten des Öls sollten für den Klimawandel verantwortlich gemacht werden, sondern jede und jeder Einzelne durch den Konsum. 20 Jahre später fokussiert BP nach zeitweiligen Versuchen mit erneuerbaren Energien wieder voll auf Öl und Gas, verdient Milliarden und verursacht Klimaschäden in Milliardenhöhe. (isc)

ten. Er sagt: «Vergessen wir den ökologischen Fussabdruck, dieser führt nur zu einer Entpolitisierung und damit zur Handlungsunfähigkeit der Gesellschaft.» Heute gehe es darum, die politischen und die wirtschaftlichen Weichen neu zu stellen. Und solange Leute wie Ermotti, Spuhler, Rösti oder Gujer an den Schalthebeln sitzen würden, werde diese Entwicklung blockiert bleiben.

INSERAT



Noch 6mal umblättern, dann ist diese Zeitung fertig. Doch online geht's aktuell und exklusiv weiter.

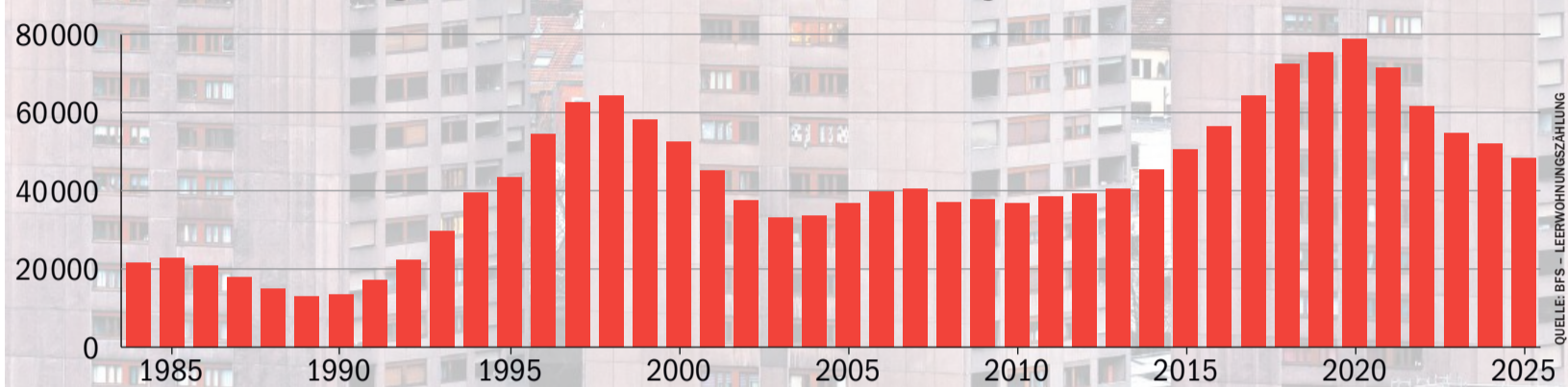


work – die Stimme der Buez: 24/7 auf www.workzeitung.ch

SVP-Chaos-Initiative: NEIN



So viele Wohnungen standen 1984 – 2025 jeweils am 1. Juli leer



Wohnkosten lassen immer mehr Menschen verzweifeln

Die «Ausländer» können nichts dafür

Kommen weniger Menschen in die Schweiz, um zu arbeiten, sinken die Mieten. Diese Aussage tönt auf den ersten Blick logisch. Darum wird sie so oft wiederholt. Doch die Zahlen belegen etwas anderes. Etwas ganz anderes.

CLEMENS STUDER

Unbestritten ist: Die Mieten in der Schweiz steigen und steigen. Genauso wie die Krankenkassenprämien. Beides bringt immer mehr Haushalte in finanzielle Nöte. Und wer in Not ist oder

Konzerne aus dem Ausland treiben die Preise hoch.

fürchtet, in Not zu geraten, sucht Auswege. Die SVP hat ein schlichtes Angebot. Für sie sind grundsätzlich «die Ausländer» für alle Übel in der Schweiz verantwortlich. Auch für die hohen Mieten. Und auf den ersten Blick tönt es nicht nur für offensichtliche Fremdenfeinde einleuchtend: mehr Menschen = weniger Wohnungen = höhere Mieten. Aber nicht alles, was logisch tönt, ist es auch. Im Zweifel lohnt es sich, die Zahlen anzusehen. Und die sind eindrücklich.

MEHR LEER STEHENDE WOHNUNGEN

Unmittelbar vor der Einführung der Personenfreizügigkeit standen rund 37 000 Wohnungen leer. Heute sind es knapp 50 000. Im Jahr 2020 erreichte die Leerwohnungsziffer sogar den höchsten Stand seit zwanzig Jahren.

Und trotzdem sind die Mieten in genau dieser Phase explodiert. Ausgerechnet zwischen 2008 und 2021, als besonders viel gebaut wurde und die Leerstände auf Rekordhöhe kletterten, stiegen die Mieten massiv. Laut dem gesetzlich vorgesehenen Mietpreisindex hätten sie seit 2005 um rund 5 Prozent sinken müssen. Tatsächlich sind sie um etwa 24 Prozent gestiegen.

Bei Mieterwechseln wurden regelmässig Aufschläge zwischen 500 und 1000 Franken pro Monat durchgesetzt, oft ohne jede Investition in die Wohnung.

AUSLÄNDISCHES KAPITAL, NICHT ARBEITER

Nach der Finanzkrise 2008 wurde massiv gebaut. Aber nicht wegen der Migration. Das Zinsumfeld machte Immobilien zur bevorzugten Anlageform für überschüssiges Kapital. Es wurde nicht gebaut, weil Menschen Wohnungen brauchten, sondern weil Investoren ihr Geld irgendwo unterbringen mussten. Dass die Bautätigkeit seit der Zinswende 2022 zurückgeht, hat entsprechend wenig mit Bauvorschriften zu tun: Das Kapital wandert schlicht in lukrativere Anlageklassen ab.

Als Brandbeschleuniger wirkten dabei zwei Gesetzesänderungen. Zum einen die Lockerung der Lex Koller: Ursprünglich verhinderte dieses Gesetz ausländische Investitionen in Schweizer Immobilien. 1998 fiel der Schutz für Geschäftsimmobiliennachbauten, 2005 für indirekte Wohnimmobilienanlagen. Das heisst, seither können ausländische Immobilienfonds und börsenkotierte Immobiliengesellschaften auf dem Schweizer Immobilienmarkt spekulieren. Und die machen das auch: Milliarden aus dem Ausland treiben die Schweizer Bodenpreise in die Höhe.

Zweitens wurden die Bilanzierungsvorschriften geändert. Seit 2005 müssen auch Pensionskassen ihre Immobilien nicht mehr zum Anlagewert, sondern zum Verkehrswert bilanzieren. Börsennotierte Immobilienkonzerne und Fonds unterlagen dieser Logik bereits vorher. Der Verkehrswert einer Immobilie hängt massgeblich von den künftigen Mieteinnahmen ab. Der Kreislauf ist fatal: Höhere Mieten steigern die bilanzierten Werte, und diese erzeugen Druck auf noch höhere Mieten, um die rechnerische Rendite zu halten. Der Anteil der Wohnungen in den Händen börsenkotierter Immobilienkonzerne ist seit 2000 um 54 Prozent gestiegen. Diese Akteure vermieten nicht, um Wohnraum zu schaffen. Sie vermieten, um ihr Aktionariat zu bedienen.

WER WIE WOHT

Gegenwärtig leben knapp 2,5 Millionen Menschen ohne Schweizer Pass in der Schweiz. Schweizer Haushalte verfügen im Schnitt über

44 bis 48 Quadratmeter Wohnraum pro Person. Bei migrantischen Haushalten sind es 32 bis 36 Quadratmeter, bei Familien mit Kindern teilweise noch weniger. Gleichzeitig zahlen Menschen mit Migrationshintergrund pro Quadratmeter rund 10 Prozent mehr Miete: Im Jahr 2019 waren das konkret 17,20 Franken gegenüber 15,60 Franken bei Schweizer Haushalten. Das liegt daran, dass kleinere Wohnungen pro Quadratmeter teurer und Menschen ohne Schweizer Pass auf dem Wohnungsmarkt strukturell benachteiligt sind. Das erhöht den Druck zusätzlich, eine höhere Miete zu akzeptieren. Rund 80 Prozent der Zugewanderten wohnen zur Miete, bei Menschen mit Schweizer Pass sind es 38 Prozent. In rund 17 Prozent dieser Haushalte reicht das Einkommen am Monatsende nicht aus, das ist doppelt so häufig wie bei Haushalten ohne Migrationshintergrund.

Zuwanderung wirkt damit als Puffer: Menschen nehmen hin, was sie nicht ablehnen können. Damit ermöglichen sie unfreiwillig den Immo-Konzernen, gesetzeswidrige Renditen durchzusetzen.

SVP SCHÜTZT ABZOCKER

Das Ergebnis dieses Meccanos ist eine gigantische Umverteilung zugunsten der Besitzenden. Jahr für Jahr zahlen Mietende in der Schweiz über 10 Milliarden Franken zu viel. 10 Milliarden Franken, die gemäss geltendem Recht in den Budgets der Haushalte bleiben müssten. Im Schnitt sind das pro Haushalt rund 370 Franken im Monat, 4440 Franken pro Jahr. Zusammen entspricht das etwa 1,3 Prozent des Schweizer Bruttoinlandsprodukts. Das Problem ist bekannt. Die politische Abhilfe wird blockiert. Allen voran von der SVP, deren halbe Fraktion in irgendeiner Form auf der Gehaltsliste der Immobilien-Lobby steht. Eine Motion der SP-Fraktion, die lediglich verlangte, die Einhaltung des bestehenden Mietrechts systematisch zu kontrollieren und den gesetzlich vorgesehenen Renditedeckel durchzusetzen, wurde im Parlament abgelehnt. Unterstützt wurde die SVP dabei von der FDP, der Mitte und der GLP. Sie sind verantwortlich für Mieten, die immer mehr Haushalten die finanzielle Luft abdrücken. Nicht «die Zuwanderung» im speziellen und schon gar nicht «die Ausländer» im allgemeinen.

Krise des Wohnens Zahlen, die zählen

Zahlen aus dem sogenannten Wohnungsmarkt zeigen, dass es keine Folge der Personenfreizügigkeit ist, wenn Wohnen in der Schweiz zunehmend unbezahlbar wird.

2022

Dass seit 2022 weniger gebaut wird, hat weder mit neuen Vorschriften noch mit besserem Mietendenschutz zu tun. Sondern einzig damit, dass Kapital andernorts wieder mehr Profit verspricht.

5%

hätten die Mieten zwischen 2005 und 2021 sinken müssen. Sie sind um fast 25 Prozent gestiegen. Und das in einer Zeit, als gebaut wurde wie verrückt und die Zahl leer stehender Wohnungen einen historischen Rekord erreichte.

10 Milliarden

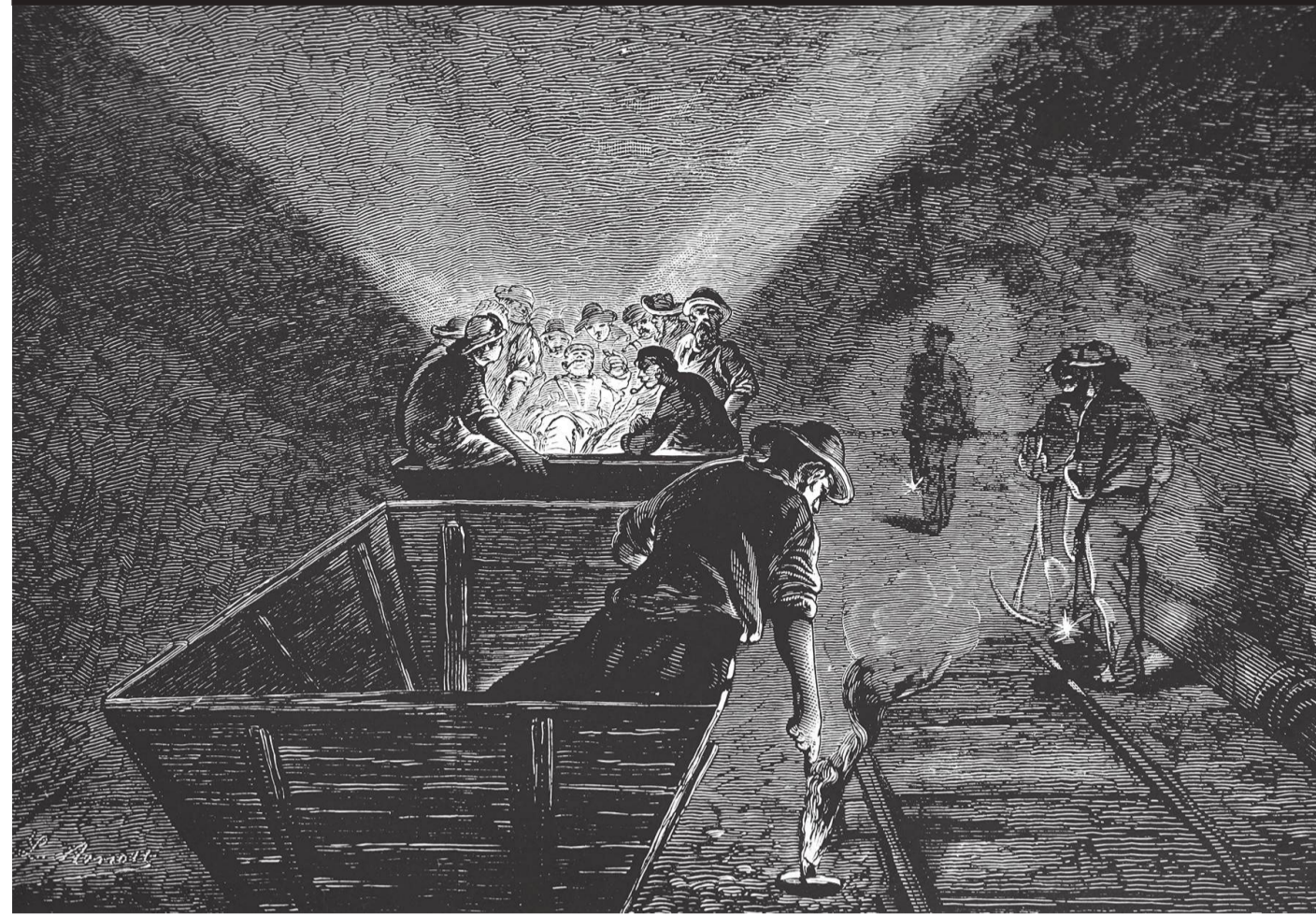
Die Schweiz hat ein gutes Mietrecht. Aber es wird nicht durchgesetzt. Darum kassieren Immo-Konzerne Jahr für Jahr ungesetzlich 10 Milliarden Franken zu viel Miete. Macht pro Haushalt im Durchschnitt rund 370 Franken pro Monat, 4440 Franken pro Jahr.

10% So viel müssen

Mieterinnen und Mieter mit Migrationshintergrund im Durchschnitt mehr pro Quadratmeter bezahlen als Menschen mit Schweizer Pass. Sie sind den Immo-Haien noch schutzloser ausgeliefert als Schweizerinnen und Schweizer.

37 000

Anders als die SVP behauptet, hat die Personenfreizügigkeit die Wohnungen nicht verknappert. Vor ihrer Einführung gab es 37 000 freie Wohnungen, im Jahr 2025 waren es knapp 50 000.



JÄHRLHUNDERTBAUWERK GOTTHARD: Ohne Migration wäre der Tunnel nie Wirklichkeit geworden. FOTO: ALAMY

Neuer Sammelband über Mythen, Fakten und Perspektiven der Migration

Ohne Migration keine Schweiz

Ein neues Buch räumt auf mit Migrationsmythen, die sich in der Schweiz bis weit in die Mitte der Gesellschaft festgesetzt haben. Und zeigt Wege auf: weg von der SVP-Sündenbockpolitik hin zu echten Lösungen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Kaum ein anderes Land hat über Jahrhunderte so grundlegend von der Migration profitiert wie die Schweiz: Swatch, Rolex, Ovomaltine? Ohne Migration gäbe es diese stolzen Schweizer Marken nicht. Das Jahrhundertbauerwerk Gotthard? Ohne Migration nicht machbar, heute nicht, damals nicht. Bergsport? Nicht von Schweizern erfunden. Die Liste könnte endlos und bis in die Gegenwart fortgeführt werden. Migration ist Teil der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft. Dieser Tatsache widmet sich der neue Sammelband «Migrationsland

Politische Versäumnisse führen zu Staus und vollen Zügen.

Schweiz. Mythen, Realitäten und Perspektiven», herausgegeben von Pascal Zwicky. Migration wird dabei weder als Ausnahmezustand noch als «Multikulti-Schwärmerei» betrachtet, sondern als gesellschaftliche Realität, an deren Umgang sich letztlich entscheidet, ob eine Gesellschaft bereit ist, die Demokratie zu verteidigen. Fünf rechte Mythen unter der Lupe:

MYTHOS ÜBERFREMUNG

Rechte Parteien wie die SVP prägen die Erzählung über Migration, indem sie Ängste schüren und simple Lösungen präsentieren. So schreibt Politologe Philipp Lutz in seinem Beitrag, der politische Umgang mit Migration sage oft mehr über die Selbstbilder und Ängste einer Gesellschaft aus als über die Migration. Entscheidend ist dabei der Ausschluss der «Anderen», also der Migrantinnen und Migranten. Wer ist aber das «Wir»? Für die SVP ist dies der Hellebarden schwingende Eidgenosse, der ein ländliches Idyll gegen alles Fremde verteidigt. Eine offensichtliche «Phantasiegestalt», wie die ehemalige Politikerin Sanja Ameti in ihrem Beitrag schreibt. Dabei war das «Wir» in der Schweiz stets ein pluralistisches, denn es kennt keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsame Religion und keine gemeinsame Kultur. Dass es den Rechten in ihrer Erzählung über Migration um Spaltung der Gesellschaft in «Wir» und die «Fremden» geht, unabhängig von den gesellschaftlichen Realitäten, zeigt exemplarisch die Entstehung des Begriffes «Überfremdung», der sinngemäss bis heute die rechte Erzählung prägt: Als erster erwähnte der Zürcher Armensekretär Carl Alfred Schmid 1900 die «Überfremdung». Damals lag der Ausländeranteil bei lediglich 12 Prozent.

MYTHOS MIGRATION IST SCHULD AN STAUS UND VERSTOPFTEN ZÜGEN

Staus und volle Züge zu Spitzenzeiten sind Tatsachen. Doch das hat viel mit strukturellen und politischen Versäumnissen zu tun. So ist es nicht gelungen, die Mobilität vom Auto auf den ÖV umzustellen und die Bahninfrastruktur genügend auszubauen. Noch immer fahren die Hälfte der Pendlerinnen und Pendler mit dem eigenen Auto zur Arbeit. Dabei weisen die Züge in der Schweiz eine durchschnittliche Auslastung von nur einem Drittel aus, schreibt Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone. Ausserhalb der Spitzenzeiten seien die Züge grundsätzlich nicht voll. Auch

der Preis sei entscheidend: Die Kosten des Autoverkehrs seien inflationsbereinigt gesunken, während die Preise für Zugfahrrinnen und -fahrer ständig gestiegen seien.

MYTHOS MIGRATION ALS GRUND FÜR DIE ZUBETONIERUNG DER SCHWEIZ

Dem SVP-Schreckgespenst der zubetonierten Schweiz hält Lisa Mazzone entgegen: Die Entwicklung der überbauten Fläche hat nicht direkt mit der Bevölkerungszunahme zu tun. Denn: Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hat die überbaute Fläche in der Schweiz um ein Fünffaches zugenommen, während sich die Bevölkerung in derselben Periode nur verdoppelt hat. Die zubetonierte Fläche nimmt also viel schneller zu als die Bevölkerung. Hingegen hat der durchschnittliche Flächenverbrauch in der Schweiz stark zugenommen: 1980 beanspruchte eine Person durchschnittlich 34 Quadratmeter, im Jahr 2000 waren es 44 Quadratmeter. In der Fachsprache heisst die Zubetonierung Zersiedlung und wurde mit der Revision des Raumplanungsgesetzes 2013 stark gebremst. Pikant: Die SVP hat die Revision erbittert bekämpft. Die Revision hatte zum Ziel, bestehende Bauzonen nach innen zu verdichten. Damit dies gelingen kann, müssen die Bauprojekte von hoher Qualität und sozialverträglich sein.

MYTHOS MIGRATION ALS URSACHE FÜR GEWALT GEGEN FRAUEN

In der Schweiz werden 95 Prozent aller Tötungsdelikte an Frauen durch Männer verübt – viele davon im Kontext von Partnerschaft (siehe Seite 5). Die Täter kommen aus allen sozialen Schichten, religiösen Prägungen, Bildungsgraden und Herkunftsländern. Was sie alle eint, sei nicht ihre Nationalität, sondern ihre Vorstellungen von Geschlechterrollen und ein Bedürfnis nach Macht und Kontrolle, schreiben die Autorinnen Miriam Suter und Natalia Widla. Migrations- oder Fluchtgeschichten seien Risikofaktoren und könnten zu Gewalt führen. Aber nicht wegen der Herkunft, sondern wegen des Kontrollverlustes. Wer Gewalt gegen Frauen als «Ausländerproblem» vereinfacht, verhindere die Suche nach echten Lösungen. Denn Femizide und sexualisierte Gewalt geschehen nicht am Rand der Gesellschaft, sondern in ihrer Mitte. Das bedeutet nicht, dass kulturelle Unterschiede irrelevant sind. Doch Herkunft ist nicht die Hauptursache.

MYTHOS ASYLCHAOS

Die SVP betont immer wieder, es kämen zu viele und die Falschen. Doch wenn die Rechten von einer Quote von drei Vierteln «falscher Flüchtlinge» sprechen, sei dies eine grobe Irreführung, schreibt Grünen-Politiker Balthasar Glättli. Denn nicht die Asylquote, sondern die Schutzquote, die Asyl- und vorläufige Aufnahme zusammenfasst, zeige, ob tatsächlich schutzbedürftige Menschen bei uns Schutz suchen oder nicht. Und diese Quote betrug 2014 bis 2023 durchschnittlich 75 Prozent. Das zeige klar: Es kommen wenige, und es kommen die richtigen.



Sanja Ameti, Lisa Mazzone, Nadja Mosimann, Cédric Wermuth, Pascal Zwicky (Hrsg.): **Migrationsland Schweiz. Mythen, Realitäten und Perspektiven.** Verlag edition 8, 264 Seiten. Mit einem Beitrag von Unia-Präsidentin Vanja Alleva.

Vernissagen
Bern: 15. April, 19 Uhr im Progr, mit Unia-Präsidentin Vanja Alleva (rebrand.ly/vernissage-bern)

Zürich: 20. Mai, 19 Uhr in der Zentralwäscherei (rebrand.ly/vernissage-zürich)

Rassismus in der Schweiz, das Comeback des «Ausländers als Feind» und die gewerkschaftliche Verantwortung bei der Chaosinitiative

«Das Feld nicht einfach dem rechts-populistischen Lager überlassen»

In knapp zwei Monaten stimmt die Schweiz über eine SVP-Initiative ab, die den Wohlstand hierzulande aufs Spiel setzt. Besonders bedenklich: Im Abstimmungskampf gibt es keinen Halt vor rassistischen Behauptungen. Was macht dieser Diskurs mit den Migrantinnen und Migranten? Und was können Gewerkschaften dagegen unternehmen? Historiker Damir Skenderovic liefert die Antworten.

DARIJA KNEŽEVIĆ

work: Damir Skenderovic, am 21. März war Internationaler Tag gegen Rassismus. Warum haben wir in der Schweiz davon nur wenig mitbekommen?

Damir Skenderovic: Die Schweiz tut sich schwer, Rassismus im eigenen Land anzuerkennen. Und das, obwohl ein bedeutender Teil der Bevölkerung damit in der Vergangenheit konfrontiert war – und es heute noch ist. Täglich kommt es zu rassistischen Anfeindungen. Die gute Nachricht: In den vergangenen Jahrzehnten stieg das Engagement gegen Rassismus stark, Menschen mobilisieren, organisieren und solidarisieren sich. Sie nutzen diverse politische Instrumente dagegen. Doch Rassismusbekämpfung ist auch eine institutionelle Frage. Da hinkte die Schweiz lange Zeit hintennach.

Inwiefern?

Die Bekämpfung ist eine zögerliche Geschichte, gerade auf behördlicher und gesetzlicher Ebene. Beispielsweise ist die Schweiz erst 1994 der Antirassismuskonvention der Uno beigetreten, obwohl die Konvention schon 1965 abgeschlossen wurde.

Der Kampf gegen Rassismus dauert also über 60 Jahre an?

Rassismus gibt es in der Geschichte schon sehr lange. Für die Schweiz sind es einige zentrale historische Ereignisse und Entwicklungen, die den Rassismus, wie er heute besteht, geformt haben. Da ist zunächst der Antisemitismus. Als Land mitten in Europa war auch die Schweiz von Antisemitismus geprägt und trug Mitverantwortung am Verbrechen der Shoah. Auch der Kolonialismus und der damit verbundene Rassismus spielten in der Geschichte der Schweiz eine Rolle. Das Aufarbeiten dieser Vergangenheit ist sehr wichtig, auch um daraus zu lernen.

Die SVP versucht, die Betroffenen zu entmenslichen.

Die SVP versucht, die Betroffenen zu entmenslichen. Sie als Problem und Bedrohung darzustellen. Dabei sollte man sich immer wieder die Frage stellen: Welche Rassismuserfahrung erleben Menschen in der Schweiz, und was macht diese mit ihnen? Ähnliche Szenarien haben wir 2007 bei der Anti-Minarett-Initiative erlebt, die für die Schweizer Geschichte einen Tiefpunkt darstellt. Europaweit hat der Abstimmungskampf ein grosses Echo ausgelöst. Wie kann ein Land wie die Schweiz eine Kampagne tolerieren, die antimuslimischen Rassismus verbreitet? Solche Momente der jüngeren Geschichte dürfen nicht vergessen gehen, auch um Gegenbewegungen zu aktuellen und künftigen Initiativen aufzubauen. Und das erleben wir heute ganz konkret: Es entstehen solidarische Gruppen, die sich gegen Rassismus einsetzen. Um gegen Ohnmachtserfahrungen anzukämpfen, ist es zudem wichtig, die politischen Rechte von Migrantinnen und Migranten zu stärken. Beispielsweise mit einer erleichterten Einbürgerung. Da ist die Schweiz in grossem Verzug.

Kommen wir in die Gegenwart: Am 14. Juni stimmen wir über die Chaosinitiative der SVP ab. Der Kern: Mit einer harten Migrationspolitik sollen Probleme wie Dichtstress, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit gelöst werden. Ist es so simpel?

Im Fall der kommenden SVP-Initiative werden Menschen mit Migrationshintergrund die Schuld für allerlei gesellschaftliche Herausforderungen und Probleme zugewiesen. Es ist eine Sündenbockpolitik und eine politische Instrumentalisierung des Migrations-themas. Viele akut in der Bevölkerung diskutierte Themen sollen gelöst werden, indem eine Bevölkerungsgruppe als Verantwortliche und Schuldige dargestellt wird. Wir erleben es nicht zum ersten Mal: Mit solchen Initiativen werden Menschen angegriffen, die schon benachteiligt und geschwächt sind, sei das sozial oder auch rechtlich.

Je näher der Abstimmungstag rückt, desto radikaler wird die SVP in ihren Argumenten. Was macht dieser rassistische Diskurs mit



ORDNET EIN: Historiker Damir Skenderovic sagt, dass die Gewerkschaften im aktuellen Abstimmungskampf eine wichtige Rolle übernehmen. FOTO: FLORIAN BACHMANN

Menschen, die in der Schweiz selbst Migrationsgeschichte haben?

Lange wurde genau diese Perspektive vernachlässigt. Obwohl klar ist: Solche Kampagnen greifen Menschen direkt an. Auch im aktuellen Abstimmungskampf versucht die SVP, die Betroffenen zu entmenslichen, sie als Problem und Bedrohung darzustellen. Dabei sollte man sich immer wieder die Frage stellen: Welche Rassismuserfahrung erleben Menschen in der Schweiz, und was macht diese mit ihnen? Ähnliche Szenarien haben wir 2007 bei der Anti-Minarett-Initiative erlebt, die für die Schweizer Geschichte einen Tiefpunkt darstellt. Europaweit hat der Abstimmungskampf ein grosses Echo ausgelöst. Wie kann ein Land wie die Schweiz eine Kampagne tolerieren, die antimuslimischen Rassismus verbreitet? Solche Momente der jüngeren Geschichte dürfen nicht vergessen gehen, auch um Gegenbewegungen zu aktuellen und künftigen Initiativen aufzubauen. Und das erleben wir heute ganz konkret: Es entstehen solidarische Gruppen, die sich gegen Rassismus einsetzen. Um gegen Ohnmachtserfahrungen anzukämpfen, ist es zudem wichtig, die politischen Rechte von Migrantinnen und Migranten zu stärken. Beispielsweise mit einer erleichterten Einbürgerung. Da ist die Schweiz in grossem Verzug.

Der «Ausländer» als «Sündenbock». Was ist da die Vorgeschichte?

Anfang des 20. Jahrhunderts kam in der Schweiz der sogenannte Überfremdungsdiskurs auf. Damals

wanderten Menschen aus Deutschland und Italien ein, um hier zu arbeiten. Mit Bedrohungsszenarien und viel Emotionen wurden bei der Bevölkerung Ängste vor der sogenannten Überfremdung geschürt. Im ersten «Ausländergesetz» wurde die «Abwehr vor Überfremdung» als wichtiges Ziel erwähnt. Während im europäischen Umland der Begriff «Überfremdung» nach 1945 wegen der Nationalsozialismus verschwand, war das in der Schweiz nicht der Fall. Im Gegenteil: Das Schüren der Angst vor Überfremdung nahm zu, bis es 1970 mit der Schwarzenbach-Initiative ein neues Ausmass annahm. Diese forderte, dass ausländische Staatsangehörige höchstens 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen dürften. Das hätte für 300 000 Menschen in der Schweiz in kürzester Zeit eine Ausweisung bedeutet. Die Schwarzenbach-Initiative wurde knapp abgelehnt, stellte aber gerade für die Gewerkschaften eine regelrechte Zerreihsprobe dar.

Was war die Rolle der Gewerkschaften?

Historisch ist die Schwarzenbach-Initiative während einer europaweiten Hochkonjunktur ab den 50er Jahren entstanden. Auch die Schweiz profitierte vom starken Wirtschaftswachstum, doch die Arbeitskräfte fehlten. So wanderten vermehrt Menschen ein, um

zu arbeiten. Genannt wurde sie damals schon abwertend «Fremdarbeiter». Auch von Seiten der Gewerkschaften gab es Skepsis gegenüber den Migrantinnen und Migranten. Einerseits kamen wachstumskritische Bedenken bezüglich des sich rasant verändernden Arbeitsmarktes. Andererseits verwendeten gewerkschaftliche Kreise diskriminierende arbeitsmarktpolitische Argumente wie Lohndumping, verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und mangelnde Arbeitsdisziplin. In Teilen der Gewerkschaften fand aber auch der klassische Überfremdungsdiskurs Rückhalt, der sich auf kulturprotektionistische Befürchtungen stützte. Das Resultat: Bei der Schwarzenbach-Initiative stimmte eine Mehrheit der Mitglieder des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für die Initiative. Das war für viele ein Schock, aber langfristig auch eine Lehre. Heute wird innerhalb der Gewerkschaft anders über und mit Arbeiterinnen und Arbeitern mit Migrationsgeschichte gesprochen. Doch um aus den Fehlern zu lernen, müssen auch die Gewerkschaften ihre eigene Geschichte unbedingt umfassend und systematisch aufarbeiten.

Was können wir als Gewerkschaft im jetzigen Abstimmungskampf besser machen?

Menschen mit Migrationsgeschichte sind heute ein grosser Teil der Gewerkschaftsbewegung. Auch das war lange Zeit nicht selbstverständlich. Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine grundlegende Entwicklung durchgemacht, auch haben sie zu mehr

Experte: Er untersucht den Rechtspopulismus

Damir Skenderovic ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind die europäische und die schweizerische Zeitgeschichte nach 1945. Weiter setzt er in seiner Arbeit unter anderem den Fokus auf den Rechtspopulismus und -extremismus, den Kolonialismus sowie die historische Parteien- und Migrationsforschung. An der Migrationskonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) im vergangenen Herbst warnte er vor der Ablenkung bei der Chaosinitiative der SVP. (dak)

Akzeptanz für die Diversität und Pluralität der Bevölkerung beigetragen. Die Gewerkschaften verfügen aber auch über starke wirtschaftspolitische Kompetenzen, die beispielsweise die ökonomischen Auswirkungen der Initiative aufzeigen können. Kurz gesagt, es müsste noch stärker darauf hingewiesen werden, dass die Initiative von den realen sozialen und materiellen Problemen der Arbeiterinnen und Arbeiter ablenkt. Gewerkschaften sind zudem Organisationen, die bei den Menschen, vor allem auch bei einer jüngeren Generation, ein Engagement in der Politik und Gesellschaft wecken können. Gerade heute ist es wichtig, dass sich Menschen engagieren und das Feld nicht einfach dem rechtspopulistischen Lager überlassen.

EUropa
Regula Rytz

Ungarn Schicksalswahl für Europa und die Welt

Es gibt sie noch, die guten Nachrichten aus Europa. In Frankreich blieb der befürchtete Durchmarsch der Rechten bei den Kommunalwahlen aus. Städte wie Paris, Marseille oder Lyon werden weiter von Sozialisten und Grü-



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

nen regiert. Auch die Justizreform von Giorgia Meloni ist im März an der Urne gescheitert. Die Wählerinnen und Wähler wollten vor allem ein Zeichen gegen die «Orbánisierung» Italiens setzen, sagen Verfassungsrechtler. Also gegen eine Politik, die zur Blaupause für Autokraten westlicher Prägung wurde. Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orbán ist geprägt von Demokratieabbau, Korruption, Medienfilz und Deregulierungswillkür. Orbán kämpft mit Putins Hilfe für sein illiberales Familienimperium. Die Wahlen vom 12. April sind damit zu

Ein Sieg Orbáns wäre ein Rückschlag für alle, die sich für Demokratie einsetzen.

einer geopolitischen Weichenstellung geworden. Es geht um Ungarns Zugehörigkeit zu einem demokratischen Europa oder zu Russland. Und es geht um die Frage, ob international vernetzte Autokraten überhaupt noch abgewählt werden können. Denn viele Menschen in Ungarn fürchten nicht nur die russischen Trollwellen, die das Land überfluten. Sondern dass es kurz vor oder nach der Wahl zu direkten Manipulationen und Gewalt kommen wird.

HOFFNUNG. Trotz dieser misslichen Ausgangslage hat Oppositionsführer Péter Magyar bei den Wahlumfragen noch immer die Nase vorne. Magyar war früher selbst Teil der Orbán-Partei und weiss, dass man mit progressiven oder gar linken Themen im konservativen Ungarn keine Wahl gewinnt. Er konzentriert sich stattdessen auf Probleme, die im Sorgenbarometer ganz oben stehen: den Kaufkraftverlust und die unverschämte Selbstbereicherung des Orbán-Filzes, die den öffentlichen Dienst ausblutet und die wirtschaftliche Entwicklung bremst. Alle wissen es: Statt EU-Gelder wie vorgesehen in die Bekämpfung von Armut oder in Bildung, Forschung und Innovation zu investieren, verteilt Orbán sie lieber an seine Wählerinnen und Wähler. Gleichzeitig hat er das Land für chinesische und südkoreanische Konzerne geöffnet. Diese produzieren heute mitten in Europa Lithiumbatterien für den europäischen Markt – ohne die europäischen Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten.

BRUCH. Ob ein Wahlerfolg von Péter Magyar am 12. April rasche und grundsätzliche Verbesserungen bringen könnte, ist offen. Sicher ist nur, dass nach einem Sieg Orbáns alles beim Alten bliebe. Oder noch schlimmer. Denn wenn freie Wahlen in Ungarn tatsächlich manipuliert oder gar verhindert werden, ist ein Bruch mit Europa vorgezeichnet. Das käme den Herren Trump und Putin sehr gelegen. Aber es wäre ein Rückschlag für alle Menschen, die sich in dieser taumelnden Welt behertzt für Demokratie und Gerechtigkeit einsetzen. Auch in der Schweiz können wir übrigens bald eine «Orbánisierung» abschmettern: mit einem lauten Nein zur SVP-Chaosinitiative!

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

Staatsanwaltschaft widerlegt Musk und seinen Statthalter Tesla: Die IG Metall fordert Wahlwiederholung

Mit massiven Drohungen und einer Schmutzkampagne gelang es Elon Musk und seinem deutschen Statthalter André Thierig, die Betriebsratswahlen in ihrem Sinne zu drehen. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Thierigs dreiste Lüge widerlegt.

CLEMENS STUDER

Am 10. Februar 2026 an einer regulären Betriebsratssitzung im deutschen Tesla-Werk Grünheide behauptet ein managementnaher Betriebsrat plötzlich, der eingeladene IG-Metall-Sekretär zeichne die Sitzung heimlich mit seinem Laptop auf. Und dann läuft das Schmierentheater wie geplant: Betriebsratsvorsitzende Michaela Schmitz unterbricht die Sitzung, ohne dem Angeschuldigten auch nur eine Minute zu las-

«Das war alles andere als eine faire Betriebswahl.»

JAN OTTO, IG-METALL

sen, um sich zu erklären. Der Werkschutz wird gerufen, dann die Polizei. Der Laptop des Gewerkschafters beschlagnahmt. Als der IG-Metaller aus dem Gebäude eskortiert wird, steht draussen bereits ein Tesla-Mitarbeiter mit der Kamera bereit. Noch am gleichen Abend schreibt der Berliner Musk-Statthalter André Thierig ein Mail an die gesamte Belegschaft. Kernaussage: Der Gewerkschafter habe eine «Straftat» begangen.

DROHUNGEN & LÜGEN

Die IG Metall reagiert scharf. Sie nennt es eine «ebenso dreiste wie kalkulierte Lüge». Der Laptop habe lediglich der Protokollführung gedient. Der Beschuldigte hatte angeboten, die Vorwürfe vor Ort zu entkräften. Doch die Tesla-Herren und die ihnen treuen Betriebsratsmitglieder verwehrten es ihm. Am 12. Februar leitet die Staatsanwaltschaft Frankfurt an der Oder auf Antrag von Tesla ein Ermittlungsverfahren ein, wegen «Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes» und Verstosses gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Höchststrafe: drei Jahre Gefängnis (work berichtete: rebrand.ly/tesla-luege).



DUO INFERNALE: Tesla-Boss Elon Musk und sein deutscher Werkleiter André Thierig haben die Betriebsratswahlen mit einer Schmutzkampagne beeinflusst. FOTO: KEYSTONE

Zwischen dem 2. und dem 4. März wählten die rund 10 000 wahlberechtigten Tesla-Beschäftigten in Grünheide einen neuen Betriebsrat. Der Druck, die Drohungen und die Tricksereien von Musk & Co. wirkten: Die IG Metall, die bei der Wahl 2024 mit 39,4 Prozent noch die stärkste Kraft im Tesla-Betriebsrat war, rutschte auf den zweiten Rang. Jan Otto, IG-Metall-Betriebsratsleiter, sagte nach der Resultatbekanntgabe: «Das war alles andere als eine faire Betriebsratswahl. Nie zuvor habe ich ein Management erlebt, das mit all seiner Macht derart eine Betriebsratswahl zu beeinflussen versucht wie Tesla.»

STAATSANWALT: DA WAR NICHTS

Drei Wochen nach der Wahl melden sich die Brandenburger Ermittlungsbehörden und lassen die Tesla-Lügen aufliegen: Auf dem beschlagnahmten Laptop haben sie weder eine Aufzeichnung noch eine Audiodatei der Betriebsratssitzung gefunden und auch keine Daten, die darauf hindeuteten, dass das Mikrophon zur fraglichen Zeit über-

haupt eingeschaltet war. Das Gerät wurde laut Staatsanwaltschaft «umfassend und gründlich geprüft». Bezirksleiter Otto sagt: «Jetzt steht fest: Alle Vorwürfe waren falsch.»

WAHLEN WIEDERHOLEN

Am 26. März reichte die IG Metall beim Arbeitsgericht Frankfurt an der Oder einen «Beschlussantrag auf Feststellung der Unwirksamkeit der Betriebsratswahl» ein. Die Begründung: Monatelang drohte das Management, ein IG-Metall-Sieg bedeute das Ende des geplanten Werkausbaus, benachteiligte die IG-Metall-Liste systematisch. Vorgesetzte forderten Beschäftigte offen auf, nicht die «rote Liste» zu wählen. Ziel der IG Metall ist eine Neuwahl. Laura Arndt und Philipp Schwartz sind Mitglieder der IG Metall und gewählte Betriebsratsmitglieder. Sie sagen: «Diese krasse Art der Wahlbeeinflussung untergräbt den Glauben in das Funktionieren unserer Demokratie. Schon allein deswegen darf unsere Werkleitung damit nicht einfach durchkommen.»

Spaniens Regierung begnadigt Gewerkschafterinnen Die «sechs von der Schweiz» sind endlich frei!

Protest wirkt! Kurz vor Ostern begnadigt die spanische Regierung sechs Gewerkschafterinnen, die zu hohen Haftstrafen verurteilt worden waren.

JONAS KOMPOSCH

Neun Monate schmortem sie bereits im Gefängnis. Und fast drei Jahre hätten noch folgen sollen. So hatte es der Oberste Gerichtshof Spaniens beschlossen. Für diesen steht nämlich fest, dass es sich bei den «seis de la Suiza», einer Gruppe von fünf Aktivistinnen und einem Aktivist der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT, um Kriminelle handle. Denn sie hätten sich in der asturischen Stadt Gijón wiederholt vor die Konditorei «La Suiza» gestellt und dort Protestschilder hochgehalten. Der Inhaber – er soll eine schwangere Arbeiterin zuerst belästigt und dann geschlagen haben – sei durch diese Kampagne in den Ruin getrieben worden. Das sei schwere Nötigung, befand das Gericht,



SOLIDARITÄT: Letzten Sommer forderten in Gijón 10 000 Menschen die Freilassung der Gewerkschafterinnen. FOTO: CNT

und liess die sechs Kolleginnen und Kollegen tatsächlich hinter Schloss und Riegel sperren (work berichtete: rebrand.ly/protest-cnt).

SUPPORT VON DER UNIA

Das Urteil erinnerte unweigerlich an die Franco-Diktatur und sorgte landesweit für einen Aufschrei. Massenproteste folgten, und die gesamte Gewerkschaftsbewegung stellte sich in seltener Eintracht bedingungslos hinter die CNT und ihre Inhaftierten. Auch international sorgte der Fall für Aufsehen. Im Namen der

Unia geisselte Vania Alleva das Urteil als «inakzeptable Kriminalisierung von Gewerkschaftsarbeit» und «direkte Attacke gegen die Meinungsäusserungsfreiheit». Die Weggesperrten gehörten sofort begnadigt. Das war letzten Juli.

Kurz vor Ostern war es endlich so weit. Am 29. März verkündete die spanische Regierung, sie habe die «seis de la Suiza» mit sofortiger Wirkung begnadigt. «Gewerkschaftsarbeit ist kein Verbrechen», meinte dazu Vizepremierministerin Yolanda Díaz. Im Gegenteil könne «stolz sein, wer

die Arbeitsrechte verteidigt», befand die Kommunistin weiter. Von Regierungschef Pedro Sánchez war bisher nichts zu hören. Klar ist jedoch: Der Sozialdemokrat und seine Linkskoalition haben zuletzt diverse Wahlpleiten eingefahren und stehen gehörig unter Druck. Nur sein geschicktes Nein zum Irankrieg hat Sánchez eine Verschnaufpause verschafft. Schlicht, weil es das unzufriedene linke Wählersegment mobilisiert hat. In dieselbe Logik fällt wohl der vorösterliche Regierungseingriff in einen Justizentscheid. Schliesslich stehen in Andalusien wichtige Regionalwahlen an. Die einst rote Bastion soll von den Konservativen zurückerobert werden. Da kommt eine populäre Begnadigung von Gewerkschafterinnen gerade recht. Die CNT hält fest: «Dass unsere Leute heute (viel zu spät) frei sind, liegt nicht an einer generösen Geste der Macht, sondern einzig am beharrlichen Kampf der organisierten Arbeiterklasse!»



BEWEISEN AUSDAUER: Die Búezer der ehemaligen Autozulieferfabrik GKN besetzen die Fabrik seit 2021. FOTO: ANDREA SAWYER

Italien: Der längste Arbeitskampf Europas bei Ex-GKN

Mit Lastenvelos statt Autoteilen in die Zukunft

Die Mitarbeitenden des Automobilzulieferers GKN in Italien reagierten auf ihre Entlassung im Jahr 2021 mit einer Dauerversammlung und entwickelten einen Produktionsplan für Lastenfahräder und Solarpanels. Nach fast fünf Jahren stehen sie an einem Wendepunkt.

MATTIA LENTO

Dario Salvetti (47) ist Metallarbeiter und Mitglied des Arbeiterkollektivs der ehemaligen Autozulieferfabrik GKN. Das Kollektiv hält die Fabrik in der Nähe von Florenz seit 1700 Tagen besetzt: Sie kümmern sich um die Maschinen, reinigen die Räume und schützen die Fabrik vor der Übernahme durch Immobilienspekulanten. Für Salvetti und seine Mitstreitenden geht es dabei nicht nur um ihre Arbeitsplätze, sondern auch um das industrielle Erbe und eine Vision für die Zukunft der Gesellschaft.



KÄMPFER: Dario Salvetti. FOTO: ZVG

DER GROSSE PROTEST DER BEVÖLKERUNG

Die Geschichte des Kollektivs beginnt im Sommer 2021: 400 Arbeiter der Fabrik erhalten per E-Mail die fristlose Kündigung. Der britische Finanzkonzern Merlose Industries, seit 2018 Eigentümer von GKN, hatte die Massenentlassung angeordnet. Der Finanzfonds wollte die Gewinne durch eine Verlagerung der Produktion ins Ausland weiter steigern. Dies, nachdem GKN während Jahren öffentliche Zuschüsse von der italienischen Regierung erhalten hatte. Die Arbeitnehmenden reagierten mit einer Dauerversammlung, denn eine offizielle Besetzung der Fabrik wäre illegal gewesen. Und sie organisier-

ten den Widerstand in der Bevölkerung, der zu Grossprotesten in Florenz führte. Metallarbeiter Salvetti sagt: «Wir waren in einem Land, das von der Pandemie traumatisiert und von der Wirtschaftskrise gebeutelt war. Die Massenentlassung löste eine unglaubliche Welle der Empörung und Solidarität aus.»

GEWERKSCHAFTLICHE TRADITION

Die GKN-Fabrik war früher ein wichtiger Zulieferbetrieb des italienischen Autokonzerns Fiat, und viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Mitglied der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FIOM-CGIL. Salvetti sagt: «Der GKN-Belegschaft ist es gelungen, die gewerkschaftliche Tradition dieser Fabrik am Leben zu erhalten. Vor allem in dem Moment, als die italienische Automobilindustrie während der Finanzkrise 2008 vor eine erpresserische Wahl gestellt wurde: entweder Rechte oder Arbeit.» Diese Tradition hat auch beim Aufbau des Kollektivs geholfen.

Seit der Massenentlassung von 2021 war der Konflikt bei GKN ein Auf und Ab zwischen Hoffnung, Sabotage und Neustarts. Salvetti erinnert sich an den Beginn

der Proteste: «Wir wollten nicht nur die Rettung der Fabrik, sondern ein Projekt, das die gesamte italienische Automobilbranche und die Gesellschaft als Ganzes einbezieht. Wir strebten eine von der Öffentlichkeit unterstützte Umstellung an, um Teil einer Lieferkette zu werden, die Elektrobusse herstellt.» Doch die neuen Eigentümer, die auf Merlose Industries folgten, erwiesen sich als Handlanger des früheren

Die Eigentümer wollen mit den Immobilien der Fabrik Geld machen.

Besitzers. Und dieser hatte weiterhin nur ein Ziel: das Scheitern des Projekts, um mit den Immobilien der Fabrik Geld zu machen.

LASTENFAHRRÄDER

Das Kollektiv ernannte daraufhin Leonard Mazzone (41), einen Forscher der Universität Florenz, zum Koordinator der Reindustrialisierung. Mazzone und andere solidarische Fachleute entwickelten mit dem Kollektiv einen neuen Geschäftsplan, der in der Fabrik die serienmässige Produktion von Elektro-Lastenfahrädern möglich machen soll. Das Kollektiv hat die Lastenfahräder bereits als Prototypen hergestellt und verkauft.

Auch die Produktion von spezialisierten Solarmodulen ist in der Fabrik möglich. Mazzone sagt: «Wir haben verschiedene technische, kommerzielle und finanzielle Prüfungen bestanden. Wir haben ein regionales öffentliches Industriekonsortiums ins Leben gerufen und haben private Investorinnen und Investoren, aber die Produktion läuft

Kostenlose Weiterbildung der Unia: Onlinekurs mit dem «Collettivo di fabbrica GKN»

Die Unia organisiert in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern des Bildungsfonds des MEM-GAV kostenlose Weiterbildungskurse für Beschäftigte in der MEM-Industrie. Am 16. April um 19 Uhr steht im Onlinekurs die aussergewöhnliche Erfahrung des italienischen Arbeiterkollektivs von GKN im Fokus. Wo einst Antriebswellen für Sportwagen hergestellt wurden, sollen künftig Elektrolastenvelos und Solarmodule produziert werden. In der Online-Weiterbildung erzählen Dario Salvetti, Fabrikarbeiter und Mitglied des «Collettivo di Fabbrica GKN», und Leonard Mazzone, Forscher an der Universität Florenz und Koordinator der Reindustrialisierungsgruppe, über ihre Erfahrungen und die Pläne für die Zukunft.

Das Gespräch findet auf italienisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche und Französische statt. Anmeldung unter: rebrand.ly/nettonull-gkn.

noch nicht.» Letzten Sommer stand das Projekt wegen des Abbruchs eines Investors kurz vor dem Aus. Die Mitglieder des Kollektivs finanzierten sich über eine Streikkasse, über vor Gericht erstrittene Lohnzahlungen und zuletzt über die Arbeitslosenentschädigung. Doch jetzt geht den verbleibenden etwa 100 Mitarbeitenden des Kollektivs das Geld aus. Die Gruppe hat deshalb eine neue Finanzierungskampagne mit dem Namen «Eine Aktion gegen die Aufrüstung» gestartet und will die finanzielle Trägerschaft verbreitern. Salvetti sagt: «Wir mussten unsere Pläne zwar verkleinern, aber wir versuchen es weiter, denn wir wollen und können nicht mehr warten mit der serienmässigen Produktion.»

Das Projekt der Ex-GKN finanziell unterstützen: rebrand.ly/gkn



PRODUKT DES WIDERSTANDS: Ein Búezer mit dem Lastenvelo des Kollektivs. FOTO: ZVG

Solarenergie: Wir sind blinde Schweizer Hühner. Noch!

Wer vor allem auf Öl und Verbrennermotoren gesetzt hat, sieht jetzt, wo die Ölpreise explodieren, uralt aus. Genauso alt, wie die, die auch in der Schweiz immer noch oder wieder auf Atomkraftwerke setzen. Dabei hat uns SVP-Bundesrat Rösli mit dem Winterbonus eine Supervorlage geliefert. Wann begreifen dies endlich auch die Freundinnen und Freunde der Solarenergie?

Die Welt ist ein Dorf. Früher wussten wir wenig bis nichts, wenn in Indonesien 500 000 Kommunistinnen und Kommunisten massakriert wurden. Heute verfolgen wir gespannt, wenn die USA einen abgeschossenen Kampfpiloten aus Iran herausholen. Obwohl sowohl Iran als auch die USA Fake News verbreiten, dass sich die Bretter nur so biegen.

Deshalb lohnt sich ein Blick über den Tellerrand immer. Auch in der Energiefrage. So hat Kuba leider nie begriffen, dass das Land längst auf Solarstrom und spottbillige elektrische Fahrzeuge hätte umsteigen müssen. Stattdessen lieferte Venezuela zu billiges Benzin, mit dem sie unter anderem die alten Spritfresser-Taxis betanken konnten. Jetzt ist Venezuela in die Hände der USA gefallen. Und in Kuba explodiert die Nachfrage nach chinesischen Solarpanels. Und Elektrotaxis verkaufen sich wie warme Weggli. Drücken wir dem kubanischen Volk die Dau-



ERÖFFNUNG DER GRÖSSTEN AGRI-PV-ANLAGE IN BAYERN: Der rechte Energie- und Landwirtschaftsminister Hubert Aiwanger (sechster von links) ist gegen Atomkraftwerke und pusht innovative Solarprojekte. FOTO: PD

men, obwohl oder gerade weil die Erben Castros krass versagt haben.

Und so steigt in Deutschland der Dieselpreis Tag für Tag. Vor ein paar Monaten bekämpften Bundeskanzler Friedrich Merz und Linkspolitikerin Sahra Wagenknecht das von der EU angestrebte Ende der Verbrennermotoren, weil die deutschen Ingenieure immer noch die besten Dieselmotoren herstellen würden. Jetzt ist es um die Freunde der Verbrenner verdammt still geworden. Dies, weil die USA und Israel mit ihrem unsinnigen Krieg die Ölpreise explodieren lassen. Und die Ölkonzerne, auf dieser Welle reitend, Übergewinne erzielen.

BOMBEN. Die Atomkraftwerke sind die Väter aller Atombomben. Bei der Produktion von Atomstrom entsteht

als Nebenprodukt Plutonium, das man anreichern kann, um Atombomben herzustellen. Gleichzeitig sind Atomkraftwerke unsicher, weil immer raffiniertere bunkerbrechende Bomben auch die Schutzmäntel der Atomkraftwerke der neusten Generation knacken können. Und ältere sowieso. Deshalb griff Wladimir Putin das ukrainische AKW Saporischja an, und Donald Trump und Benjamin Netanjahu bombardieren Anlagen in der Nähe von iranischen Atomkraftwerken. Atomkraftwerke kann eben niemand schützen, deshalb sind sie die schmutzigen Atombomben im eigenen Land. Wie lange wird es dauern, bis die Schweizer Generalstäbler und ihre bürgerlichen Parteien diese einfachen Zusammenhänge begreifen?

Aber leider sind die Rechten in der Schweiz denkfaul. Und leider die Freundinnen und Freunde der Solarenergie auch. Dabei hat SVP-Bundesrat Albert Rösli uns mit dem Winterbonus eine Supervorlage geliefert, die bisher nur wenige zur Kenntnis nehmen. Den Winterbonus erhält, wer Freilandanlagen mit einer Leistung von 100 Kilowatt erstellt, die pro Kilowatt Leistung mindestens 500 Kilowattstunden Winterstrom pro Jahr produzieren. Während zwanzig Jahren werden alle – Stand heute – 18,5 Rappen pro im Winter produzierte Kilowattstunde erhalten und bleiben im Besitz der Energie und des Bodens. Nach 3 Jahren kann man auch eine Einmalabgeltung geltend machen und bekommt dann 3,50 Franken pro durchschnittlich

jährlich produzierte Kilowattstunde. Diese 500 Kilowattstunden Winterstrom können dank zweiachsiger Aufständigung des deutschen Solar-technikanbieters Deger praktisch überall in der Schweiz erreicht werden. Um das Netz am Tag nicht zu belasten, werden die Anlagen mit Batterien kombiniert.

BESUCH. Ich werde nächstens selber zu Deger fahren. Das neue Werk des Solarunternehmens befindet sich nur neunzig Autominuten von Schaffhausen entfernt. Deger wird für mich berechnen, wie viel Solarstrom SVP-Chef Marcel Dettling, Wirt Toni Brunner und SVP-Ständerätin Esther Friedli ohne grosse Produktionsverluste produzieren können.

LINK:

● rebrand.ly/agri-pv-bayern
Ende März hat der rechte bayrische Energie- und Landwirtschaftsminister Hubert Aiwanger Bayerns grösste Agri-PV-Anlage mit Sonnen-Tracking-System in Betrieb genommen. Die Anlage auf einem landwirtschaftlich genutzten Feld kann rund 5000 Haushalte mit Strom versorgen. Aiwanger sagt dazu: «Dieses innovative Agri-PV-Projekt mit einem Tracking-System, das die Module flexibel zur Sonne ausrichtet, ist ein weiteres Leuchtturmprojekt im Solarenergie-Spitzenland Bayern. Im Gestänge unter den Modulen entstehen Brutplätze für viele Vogelarten.»

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Entspannter an morgen denken. Mit unseren Vorsorgelösungen.

Unia-Mitglieder profitieren: **25%** *
Rabatt auf eine Pensionsplanung.



Ob klassisches Sparen mit dem Vorsorgekonto 3 oder langfristiges Investieren mit zusätzlichen Renditechancen: Sorgen Sie flexibel und bequem vor und sparen Sie dabei Steuern. cler.ch/vorsorge

*Der Rabatt ist gültig, wenn Sie Wertschriften von mindestens 50'000 CHF oder eine Hypothek bei uns haben.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Karl Hirschfeld war Jude, Kommunist und Immigrant – und machte das Zürcher Schauspielhaus gross

Er war alles, was man nicht wollte

Die Filmschaffenden Stina Werenfels und Samir würdigen mit «Hirschfeld – Unbekannter Bekannter» einen Mann, der in der Schweiz vergessen ging, auch weil man ihn vergessen wollte.

CLEMENS STUDER

«Hochwürden haben gesagt, man muss das annehmen. Und ich habe es angenommen. Jetzt ist es an Euch, Hochwürden, Euren Jud anzunehmen.» Der neue Film von Stina Werenfels und Samir beginnt mit «Andorra» von Max Frisch. 1961 im Zürcher Schauspielhaus aufgeführt. «Hirschfeld – Der unbekannte Bekannte» erzählt die Geschichte von Kurt Hirschfeld, Jude, Kommunist, Immigrant. Und als Intendant der Mann, dem das Zürcher Schauspielhaus seinen Ruf als Zentrum des kulturellen Widerstands gegen den Faschismus verdankt. Und der in Vergessenheit geriet, wohl auch, weil man ihn vergessen wollte. Seine Tochter Ruth Hirschfeld fasst das Verhältnis Zürichs und der Schweiz zu ihrem Vater so zusammen: «Man wollte ja eigentlich nicht einen Juden und einen Deutschen und schon gar keinen Kommunisten in der Schweiz.»

Für den Film gab es aus dem Zürcher Filmtopf nichts.

Der neue Film von Stina Werenfels und Samir beginnt mit «Andorra» von Max Frisch. 1961 im Zürcher Schauspielhaus aufgeführt. «Hirschfeld – Der unbekannte Bekannte» erzählt die Geschichte von Kurt Hirschfeld, Jude, Kommunist, Immigrant. Und als Intendant der Mann, dem das Zürcher Schauspielhaus seinen Ruf als Zentrum des kulturellen Widerstands gegen den Faschismus verdankt. Und der in Vergessenheit geriet, wohl auch, weil man ihn vergessen wollte. Seine Tochter Ruth Hirschfeld fasst das Verhältnis Zürichs und der Schweiz zu ihrem Vater so zusammen: «Man wollte ja eigentlich nicht einen Juden und einen Deutschen und schon gar keinen Kommunisten in der Schweiz.»

STÜRMISCHES LEBEN

Der Film entfaltet sich in einem bewusst ruhigen Rhythmus. Die Kamera verweilt lange auf Gesichtern, Szenen haben Zeit zum Atmen. Er widersteht der Versuchung, die damals hektischen Zeiten formal übersetzen und abbilden zu wollen. Die Versuchung muss gross gewesen sein, denn der Stoff ist so atemlos wie die Zeit, in der er spielt. Kurt Hirschfeld wird 1902 in eine jüdische Kaufmannsfamilie hineingeboren. Er wächst in Lehrte auf, der Eisenbahnstadt bei Hannover. Die Familie ist in der Stadt angesehen, betreibt einen Herren-



RETTETE DAS SCHAUSPIELHAUS VOR DEN NAZIS: Doch Direktor durfte Kurt Hirschfeld nie werden. FOTO: PD

konfektionsladen. Hirschfeld studiert Philosophie, Soziologie, Germanistik. Das, was ihn interessiert, nicht das, was man von ihm erwartet: das Geschäft später zu übernehmen. Und er macht Theater. Und wie! Ab 1930 ist er Dramaturg am Hessischen Landestheater in Darmstadt. Er plant vierzehn Uraufführungen für die Spielzeit 1933. Dann wird Hitler Reichskanzler. Hirschfeld wird entlassen. Weil er Jude ist, weil er Kommunist ist, weil er Theatermachen als politische Zeitgenossenschaft begreift und damit bedrohlich wird. Er flieht nach Berlin und taucht unter. Dann kommt erst der Anruf aus Zürich. Und dann Geld für das Billet.

FRISCH WARNT

Was Hirschfeld in der Schweiz aufbaut, ist mehr als ein Spielplan. Er holt, wen er kennt, nach Zürich: Theres Giehse, Wolfgang Langhoff, Ernst Ginsberg. Schauspielerinnen, Regisseure, Schauspieler ohne Heimat. Das Schauspielhaus wird zum Sammelbecken der Vertriebenen. Zum Arbeitskollektiv. Zum Gegenprogramm des faschistischen Mainstreams und jenen, die sich diesem anpassten. Theater nicht als Kunst um der Kunst willen. Theater als Widerstand, das weckt Widerstand. Nicht nur beim angepassten Bürger- und Beamtentum. Auch ein Jungautor warnt damals vor dem «Emigrantentheater», das eine «leichtfertige Deutscheindlichkeit» an den Tag lege und bei dem die Gefahr bestehe, dass «die Weltoffenheit übertrieben» werde. Der Mann heisst Max Frisch. Und wird später von Hirschfeld gefördert. Intendant Michael Hampe sagt es im Film so: «Dürrenmatt und Frisch waren nicht von Anfang an, was sie später im Welt- ruhm bedeuteten. Die hat Hirschfeld systematisch entwickelt.»

ter nicht als Kunst um der Kunst willen. Theater als Widerstand, das weckt Widerstand. Nicht nur beim angepassten Bürger- und Beamtentum. Auch ein Jungautor warnt damals vor dem «Emigrantentheater», das eine «leichtfertige Deutscheindlichkeit» an den Tag lege und bei dem die Gefahr bestehe, dass «die Weltoffenheit übertrieben» werde. Der Mann heisst Max Frisch. Und wird später von Hirschfeld gefördert. Intendant Michael Hampe sagt es im Film so: «Dürrenmatt und Frisch waren nicht von Anfang an, was sie später im Welt- ruhm bedeuteten. Die hat Hirschfeld systematisch entwickelt.»

MOSKAU RETOUR

Doch bevor Kurt Hirschfeld Sterne des Nachkriegstheaters zum Leuchten bringen kann, muss er das Schauspielhaus zuerst einmal verlassen. Er flieht nach Moskau, von wo aus er für die NZZ berichtet, und kann danach nur dank einem Trick und Solidarität des Basler Theaters wieder in die Schweiz einreisen. Wieder in Zürich, rettet der Kommunist zusammen mit aufgeschlossenen Grossbürgern und der Stadt Zürich das bis dahin private

Schauspielhaus vor der Übernahme durch die Nazis. Direktor darf er allerdings nicht werden. Das verfügt Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und offener Kämpfer gegen die «Verjudung der Schweiz». Erst 1961 ist Hirschfeld als Direktor genehm. 1964 stirbt er. Die Grabrede hält Max Frisch.

KEIN GELD VON ZÜRICH

Frisch hat seinen Hirschfeld angenommen. Die Schweiz nicht. Zürich auch nicht. Sein Nachlass befindet sich in New York, «weil in der Schweiz sich niemand dafür interessierte», wie Tochter Ruth Hirschfeld sagt. Und für den Film gab es aus dem städtischen Kulturtopf nichts. Filmemacherin Stina Werenfels dazu in der «NZZ am Sonntag»: «Ausgerechnet die Zürcher Filmstiftung wollte uns nicht unterstützen, obschon wir ihr das Projekt sorgfältig vorgestellt hatten. Doch die Kommissionen machten erst ein undurchsichtiges Buster-Keaton-Gesicht, und dann sagten sie Nein.» Der Film kam mit viel Engagement, Geduld und Crowdfunding doch zustande. Er ist sehr sehenswert.

Podiumsmitschnitt

Soziales Europa auf der Kippe?

Konservative, Rechte und Rechtsextreme dominieren zunehmend die Politik der EU. Steht die Idee des sozialen Europa nun auf der Kippe? Sicher ist: Die aktuellen «Omnibus»-Pakete attackieren Errungenschaften in Arbeitsmarktpolitik, Konzernverantwortung und Gleichstellung. Wie kann man dagegenhalten, und warum sind Fortschritte trotzdem noch möglich? Darüber diskutierten in Basel alt Nationalrätin Regula Rytz und Unia-Mann Hans Hartmann (beide vom linken Think-Tank Denknetz) mit Gaby Bischoff, SPD-Europaparlamentarierin und langjährige DGB-Vertreterin in Brüssel. Wer den Anlass mit der viften Berliner verpasst hat, kann das Gespräch jetzt online nachschauen.

rebrand.ly/aufderkippe

Partisanen-Buch

Kampfzone Ossola

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs rückten die Kampfhandlungen immer näher an die Schweiz – und überschritten ihre Grenzen zum Teil sogar. Besonders spürbar war dies in der Region von Domodossola. Dort entstand im Herbst 1944 kurzzeitig eine freie Partisanenrepublik. Sie stand in regem



FOTO: ZVG

Austausch mit dem Tessin. Doch diese Geschichte ist besonders in der Deutschschweiz beinahe unbekannt. Das neue Buch von Raphael

Rues und Andrej Abplanalp schliesst diese Lücke und leistet einen Beitrag zur aktuellen Erinnerungsdebatte und zur Rehabilitation jener Schweizerinnen und Schweizer, die die italienische Resistenza oder die französische Résistance unterstützt haben.

Mittwoch, 29. April 2026, 18.30 Uhr, Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstrasse 12, Zürich, **Buchpräsentation mit dem Autorenduo und Andreas Rieger** (der Ex-Unia-Vize ist Koordinator des «Gruppo per la Memoria 1943–1945»). Danach Apéro.

work1xl der wirtschaft

Noémie Zurlinden



AUSTERITÄTSPOLITIK IN UNSEREM GESUNDHEITSWESEN

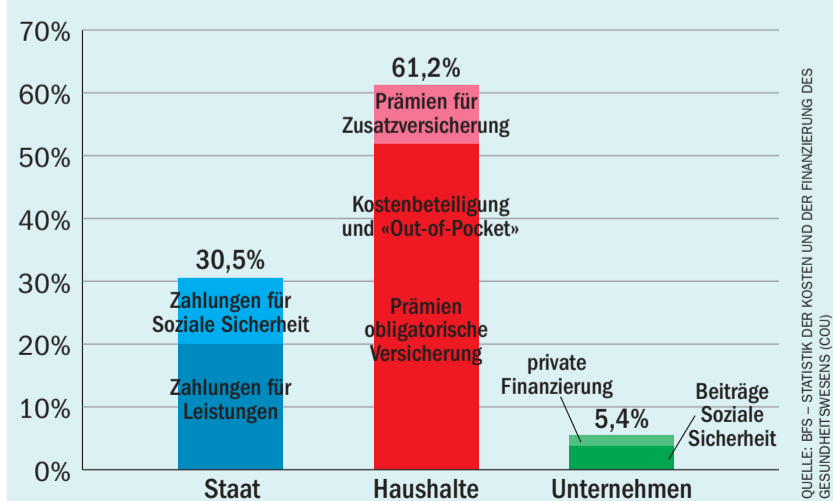
Obwohl die Pflegeinitiative deutlich angenommen wurde, setzen bürgerliche Politikerinnen und Politiker alles daran, den Volksauftrag möglichst ungenügend umzusetzen. Als Lieblingsausrede müssen die «Kosten» herhalten. Das erstaunt nicht. Wann immer über unser Gesundheitssystem gesprochen wird, wird über die Kosten gemurmelt. Dabei werden die Pflegekosten so oder so ansteigen, da aufgrund der demographischen Entwicklung immer mehr Menschen pflegebedürftig werden.

UNGLEICH. Doch wer trägt eigentlich die Kosten unseres Gesundheitssystems? Mit über 60 Prozent tragen die privaten Haushalte den grössten Teil davon, vor allem über die Krankenkassenprämien. Ein erheblicher Teil der Belastung ist auch alles, was wir selber bezahlen müssen, wie etwa Franchisen, Selbstbehalte und Medikamente, die die Kassen nicht übernehmen. Der Staat hingegen trägt nicht

mal einen Drittel der Kosten. Und die Unternehmen gerade mal 5 Prozent. Zudem ist die finanzielle Belastung sehr ungleich zwischen den Haushalten verteilt. Da die Krankenkassenprämie eine Kopfsteuer ist – sie wird unabhängig von den finanziellen Mitteln erhoben –, trifft sie Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen besonders stark. In den Diskussionen um unser Gesundheitssystem werden die Frage der Kosten und jene der Prämien oft vermischt. Dies ist irreführend. Es ist kein Naturgesetz, dass höhere Gesundheitskosten zu höheren Prämien führen müssen. Wie wir den Anstieg der Gesundheitskosten finanzieren, ist ein politischer Entscheid. Dass die Bevölkerung den grössten Teil der Kosten trägt, ist politisch so gewollt.

DRUCK. Auch die Höhe der Gesundheitskosten hängt von politischen Entscheiden ab. Die wohl wichtigste Frage ist jene, welches Gesundheitssystem wir als Gesellschaft wollen und wie viel

Die Zeche zahlen die Privaten



wert uns eine gute Pflege ist. Die Sparlogik, die ungenügende Umsetzung der Pflegeinitiative und die Ausgestaltung der Finanzierung des Gesundheitssystems sind Ausdruck der Austeritätspolitik in der Schweiz – ein System, ge-

kennzeichnet durch den Druck auf die sozialen Ausgaben des Staates sowie eine hohe (Steuer-)Last auf Arbeit und eine tiefe auf Reiche und Kapital.

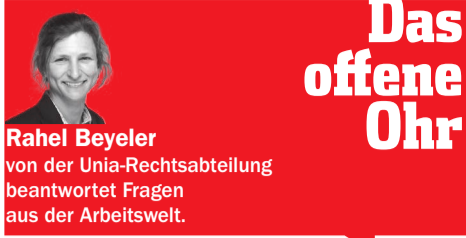
Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.

Unia-Jugendkonferenz

«Keine Zukunft ohne uns»

Am 24. und 25. April treffen sich die jüngsten Gewerkschaftsmitglieder in Bern zur nationalen Jugendkonferenz. Kernthema: Lernende verdienen besseren Schutz und echte Anerkennung in der Berufsbildung. Denn: Betriebe profitieren wirtschaftlich stark von ihren Auszubildenden, bieten ihnen aber im Gegenzug mangelhaften Schutz. Im Anschluss an die Konferenz findet am Samstag, 25. April, um 14 Uhr auf dem Bundesplatz in Bern die grosse Jugendaktion statt.

Für mehr Informationen zur Konferenz und zur Anmeldung melde dich bei deinem regionalen Unia-Sekretariat.



Das offene Ohr

Rahel Beyeler von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Konkurrenzverbot: Darf ich das Angebot jetzt nicht annehmen?

Seit längerem bin ich als Coiffeuse in einem Salon angestellt. Nun habe ich ein attraktives Jobangebot in einem neu eröffneten Friseurgeschäft ganz in der Nähe erhalten. Diese Chance möchte ich mir auf keinen Fall entgehen lassen! Dummerweise enthält mein jetziger Arbeitsvertrag ein Konkurrenzverbot. Es untersagt mir während zweier Jahre jegliche selbständige sowie unselbständige Tätigkeit als Coiffeuse im Umkreis von sechs Kilometern vom jetzigen Arbeitsort. Falls ich dagegen verstosse, muss ich eine Konventionalstrafe von 12 000 Franken bezahlen. Muss ich dieses Jobangebot wirklich ablehnen?

RAHEL BEYELER: Nein. Die Chancen stehen gut, dass das Konkurrenzverbot in Ihrem Fall ungültig ist. Zwar ist anzunehmen, dass Sie in Ihrer Tätigkeit Einblick in



LEGEN SIE DIE FESSELN AB: Ein Konkurrenzverbot ist nur unter ganz bestimmten Umständen gültig. FOTO: ISTOCK

den Kundenkreis des Coiffeusegeschäfts erhalten haben. Voraussetzung für die Gültigkeit eines solchen Konkurrenzverbots ist jedoch, dass Sie Ihre Arbeitgeberin in Verwendung dieser Kenntnisse erheblich schädigen könnten. Wenn Ihre Beziehung zur Kundschaft stark von Ihrer Persönlichkeit geprägt wird, gilt dieses Kriterium regelmässig als nicht erfüllt. Denn folgen Ihnen Stammkundinnen zur neuen Arbeitgeberin, tun sie dies wegen Ihrer persönlichen Fähigkeiten. Die Kundenbindung besteht somit zu Ihnen als Person und nicht zum Geschäft. Es mangelt damit am für das Verbot erforderlichen Zusammenhang zwischen dem Einblick in den Kundenstamm und der Möglichkeit einer Schädigung. Je nach Umständen ist auch denkbar, dass die Kundschaft eine enge Bindung zu einem bestimmten Coiffeursalon pflegt. So sucht beispielsweise die Laufkundschaft einen Coiffeursalon oftmals wegen des Ambientes oder der guten Erreichbarkeit auf. Wer sich aus solchen Überlegungen für einen bestimmten Salon entscheidet, bleibt ihm auch bei einem Personalwechsel treu. In dieser Konstellation fehlt es ebenfalls am notwendigen Kausalzusammenhang, und ein Konkurrenzverbot wäre unzulässig. In der Vergangenheit haben deshalb Gerichte dem Konkurrenzverbot für Coiffeusen und Coiffeuren mehrfach eine Absage erteilt. Aber aufgepasst: Wenn die Arbeitgeberin das Angebot klar definiert und gewisse Bearbeitungstechniken dafür vorgibt – wie beispielsweise eine spezielle Methode der Haarentfernung im Kosmetikbereich –, sind die individualisierenden Ausführungsmöglichkeiten zu gering, um eine persönliche Bindung zu begründen und ein Konkurrenzverbot wird als zulässig erachtet.

Zusatzverdienst: Darf ich einen Nebenjob machen?

Darf ich neben meiner Anstellung eine Nebenbeschäftigung annehmen?

RAHEL BEYELER: Ja, das ist erlaubt, solange Sie damit Ihre Treuepflicht gegenüber der Arbeitgeberin nicht verletzen und sie insbesondere auch nicht konkurrieren. Sie müssen einfach stets in der Lage bleiben, trotz Nebentätigkeit die volle Arbeitsleistung zu erbringen. Weiter ist es möglich, eine Nebentätigkeit im Arbeitsvertrag zu verbieten. Prüfen Sie also noch Ihre Anstellungsbedingungen.

Überwachung am Arbeitsplatz: So schützt das Gesetz die Mitarbeitenden vor

Big Boss is watching you: Ist

Vom klassischen Zeiterfassungssystem bis zur digitalen Spyware: Unternehmen haben heute viele Möglichkeiten, um ihre Mitarbeitenden zu überwachen. work beantwortet fünf wichtige Fragen rund um Überwachung am Arbeitsplatz.

MARIA KÜNZLI

1. Welche klassischen Arten von Überwachung gibt es?

Ein klassisches Instrument, das es schon vor der Digitalisierung gab, ist zum Beispiel die Videoüberwachung: Kameras werden in der Regel eingesetzt, um Diebstähle zu verhindern oder Sicherheit zu gewährleisten, etwa in Eingangsbereichen, Lagern oder Produktionsstätten. Auch Zutrittskontrollsysteme gibt es schon länger, also Badge- oder Schlüsselkarten, die erfassen, wer wann ein Gebäude oder bestimmte Bereiche betritt. Für die Arbeitszeiterfassung sind heute neben Stempelkarten digitale Zeiterfassungssysteme gang und gäbe. Diese dokumentieren Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit und sind grundsätzlich erlaubt, solange sie nicht zur detaillierten Überwachung von Verhalten genutzt werden. In Callcentern werden mit Telefon- und Gesprächsstatistiken die Anzahl und Dauer der geführten Gespräche festgehalten. In Produktionsstätten kommen Systeme zum Einsatz, mit denen Stückzahlen und Fehlerquoten den industriellen Arbeitsprozess überwachen. Auch Fahrten mit Firmenfahrzeugen werden erfasst, klassischerweise mit Fahrtenbüchern.

2. Welche Überwachungsmethoden sind durch die Digitalisierung dazugekommen?

Mit der Digitalisierung haben die Möglichkeiten der Überwachung am Arbeitsplatz deutlich zugenommen – vor allem, weil grosse Mengen an Daten erfasst und ausgewertet werden können. Zulässig

ist aber längst nicht alles. Während Fahrtenbücher früher von Hand ausgefüllt wurden, sind es heute digitale GPS-Tracker, die eine lückenlose Echtzeitverfolgung von Standorten ermöglichen – etwa bei Lieferdiensten oder Aussendienstmitarbeitenden. Im Unterschied zu klassischen Instrumenten sind die digitalen oft weniger sichtbar und ihre Möglichkeiten deutlich umfassender. Zu den typischen digitalen Methoden gehört zum Beispiel auch die Überwachung von Internet- und E-Mail-Nutzung. Damit kann die Arbeitgeberin nachvollziehen, welche Websites besucht werden, wie

Mitarbeitende müssen informiert sein, welche Daten erfasst werden.

lange Mitarbeitende online sind oder wem sie E-Mails schreiben. Besonders relevant sind dabei sogenannte Metadaten (Randdaten), die Kommunikationsmuster sichtbar machen, ohne zwingend Inhalte zu analysieren. Sie können also zum Beispiel Informationen darüber liefern, wer wann mit wem kommuniziert. Auch Activity-Tracking und Monitoring-Software können zum Einsatz kommen: Solche Programme erfassen alles, was auf einem Computer passiert – aktive Programme, Klickverhalten, Mausbewegungen oder Tastatureingaben. Sogenannte People-Analytics- und HR-Analytics-Tools verknüpfen verschiedene Datenquellen wie Leistungsdaten, Kommunikations- und Nutzungsverhalten miteinander und werten sie mit der Hilfe von Algorithmen aus. Auch KI-gestützte Verhaltensanalyse ist heute möglich: So können zum Beispiel bei Videoüberwachung grosse Datenmengen automatisch analysiert werden, zum Beispiel Sprachmuster, Bewegungen oder Interaktionen. Wichtig ist zu wissen: All das ist zwar heute technisch und theoretisch machbar, das meiste davon ist aber nicht erlaubt und kann auch nicht ohne weiteres installiert werden.

3. Warum sind gerade digitale Methoden rechtlich heikel?

Klassische Instrumente haben gemeinsam, dass sie normalerweise



UNTER BEOBACHTUNG: Chefs dürfen ihre Mitarbeitenden nicht einfach so überwachen,

neuer Software und KI

das noch legal?

vor allem nicht, wenn es um die Kontrolle des Verhaltens geht. FOTO: SHUTTERSTOCK

auf konkrete betriebliche Zwecke ausgerichtet sind: zum Beispiel auf Sicherheit, Organisation oder Leistungsmessung. Deshalb sind sie rechtlich oft zulässig, solange sie verhältnismässig eingesetzt werden und nicht in eine umfassende Verhaltensüberwachung übergehen. Digitale Methoden können oft ununterbrochen und automatisiert Daten erfassen. Dadurch werden deutlich tiefere Einblicke in das Arbeitsverhalten und in die Privatsphäre von Mitarbeitenden möglich. Heikel wird es rechtlich, wenn die Überwachung nicht nur die Leistung, sondern das Verhalten einbezieht, also beispielsweise darauf abzielt, zu erfassen, ob jemand während der Arbeitszeit privat im Internet surft oder wie aktiv jemand am PC ist. So ist es zulässig, eine Kamera zu installieren, wenn es notwendig ist, um die Sicherheit von Mitarbeitenden und Kundschaft zu gewährleisten. Unzulässig ist es hingegen, Aufnahmen zu machen,

4. Was ist wie gesetzlich geregelt?

Die rechtlichen Grundlagen liefern das Arbeitsrecht und das Datenschutzgesetz. Zentral ist der Schutz der Persönlichkeit der Arbeitnehmenden, der im Obligationenrecht und in der Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz verankert ist. Technische Systeme, die Überwachung ermöglichen, sind in der Schweiz nicht grundsätzlich verboten. Sie können eingesetzt werden, wenn sie aus Sicherheitsgründen, zur Organisation von Arbeitsabläufen oder zur Qualitäts-

sicherung verwendet werden. Verboten ist es allerdings, das Verhalten von Mitarbeitenden gezielt zu kontrollieren (siehe Ausführungen in Punkt 3). Zudem regelt das Datenschutzgesetz die Bearbeitung von Personendaten. Der Arbeitgeber darf Daten nur rechtmässig erheben, sie nur für einen bestimmten Zweck verwenden und diese nur im notwendigen Umfang verarbeiten. Ganz wichtig ist auch die Informationspflicht: Mitarbeitende müssen zwingend darüber informiert werden, welche Daten zu welchem Zweck erfasst werden.

5. Wann geht Überwachung also zu weit?

Ob eine Überwachungsmaßnahme zu weit geht, hängt in der Schweiz weniger vom Instrument als vom Zweck ab. Erlaubt ist sie dann, wenn ein überwiegendes Interesse des Unternehmens vorliegt – etwa der Schutz von Mitarbeitenden, Kundinnen und Kun-

ÜBERWACHUNG

WIE KANN ICH MICH WEHREN?

DAS GESPRÄCH SUCHEN:

Falls Sie das Gefühl haben, die Überwachung gehe in Ihrer Firma zu weit oder sei anderweitig problematisch, suchen Sie das Gespräch mit Ihrer Vorgesetzten oder mit der Personalabteilung. Fragen Sie konkret nach Zweck, Umfang und Rechtsgrundlage der Überwachung. Erkundigen Sie sich auch, ob es im Unternehmen ein Reglement zur Nutzung von IT oder zur Überwachung gebe. Falls ja, lassen Sie es sich geben oder schicken.

AUSKUNFTSRECHT:

Mitarbeitende haben das Recht, zu erfahren, welche Daten über sie erfasst und verarbeitet werden und wer Zugriff auf diese Daten hat. Fragen Sie im Zweifel immer nach! Oft können mögliche Verstösse nur so überhaupt erkannt werden.

HILFE HOLEN:

Als Unia-Mitglied können Sie sich bei Unsicherheiten oder wenn das interne Gespräch nicht zum Ziel führt, über die nächsten Schritte beraten lassen. Sie können sich bei einem Verdacht auch an die Aufsichtsbehörde für Datenschutz EDÖB (Mehr zur Behörde: edob.admin.ch) wenden. Handelt es sich um einen Verstoß gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen, sollte das kantonale Arbeitsinspektorat eingeschaltet werden. Wichtig: Dokumentieren Sie Verstösse, zum Beispiel mit Screenshots, bewahren Sie Mails und Hinweise auf eingesetzte Software auf. Das ist besonders wichtig, falls rechtliche Schritte eingeleitet werden. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



WLAN ÜBERALL: So bringen Sie schnelles Internet in jedes Zimmer. FOTO: ADOBE STOCK

Wenn das Internet ruckelt: Diese Geräte helfen

In vielen Wohnungen erreicht das Internetsignal nicht jedes Zimmer gleich stark, wenn es mit WLAN übermittelt wird. Wer ohne Kabelsalat in allen Zimmern ein gutes Internetsignal möchte, kann auf **WLAN-Repeater** oder **Powerline-Adapter** setzen. Wir haben die Stichprobe mit je einem guten Modell der beiden Gerätetypen gemacht: mit dem WLAN-Repeater AX15 Wifi 6 Mesh Extender von Netgear und dem Powerline-Adapter TL-PA7017P KIT (CH) der Firma TP-Link.

LANGSAM: Ein **WLAN-Repeater** fängt das Internetsignal des Routers auf und sendet es weiter. So richten Sie ihn ein: Repeater etwa auf halber Strecke zwischen Router und Computer in eine Steckdose stecken. Danach die Taste «WPS» drücken, einige Sekunden warten und beim Router auf eine Taste drücken, die auch mit «WPS» beschriftet ist. Danach können Sie den Computer mit dem WLAN verbinden. Das funktionierte in der Stichprobe problemlos. Die Verbindung war aber etwas langsamer als das WLAN-Signal in der Nähe des Routers.

Der Adapter erreichte in der Stichprobe eine hohe Geschwindigkeit.

SCHNELL: **Powerline-Adapter** leiten das Internetsignal über die Stromleitung im Haus. Der Adapter wird an die Steckdose angeschlossen und per Netzwerkkabel mit dem Router verbunden. Ein zweiter Adapter wird im gewünschten Zimmer eingesteckt und per Kabel mit dem Computer verbunden. Der Adapter erreichte in der Stichprobe eine sehr hohe Geschwindigkeit und eine stabile Datenübermittlung. Diese ist aber abhängig von Qualität und Alter der Stromleitungen sowie der Distanz zwischen den beiden Adaptern. In Altbauten kann das Signal schwächer werden. THOMAS SCHWENDENER

Altersarmut: Nur keine Scham, Wenn die Rente

Viele ältere Menschen leiden unter Altersarmut, weil die Rente nicht alle Kosten decken kann. work sagt Ihnen, was Sie tun können und welche Rechte Sie jetzt haben.

MARIA KÜNZLI

Was tun, wenn jeder Franken zweimal umgedreht wird und die Rente am Ende des Monats trotzdem nicht reicht? Immer mehr Menschen sind in der Schweiz von Altersarmut betroffen, die meisten von ihnen sind Frauen. Tiefe Löhne, Teilzeitarbeit oder Erwerbspausen wegen Kinderbetreuung, Scheidung und Todesfall des Ehepartners sind häufige Gründe, warum es finanziell später knapp wird. Zu wenig Geld zum Leben zu haben ist für Betrof-

fene oft mit Scham- und mit Schuldgefühlen verbunden. Sie sprechen nicht gern darüber, und sich Hilfe zu holen braucht enorme Überwindung. Doch es gibt Hilfe und Möglichkeiten, die arbeitsbetroffene Seniorinnen und Senioren kennen sollten:

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN. Das Wichtigste: Ergänzungsleistungen (EL) sind ein Recht und keine Almosen! Reicht die Rente oder die IV nicht zum Leben und ist Ihr Vermögen nicht grösser als 100 000 Franken (bei Alleinstehenden) oder 200 000 (bei Ehepaaren), haben Sie das Recht auf Ergänzungsleistungen. Die Ergänzungsleistungen werden vom Kanton bezahlt. Dabei gibt es zwei Kategorien von Unterstützung: ei-

Sie dürfen sich helfen lassen nicht zum Leben reicht

nerseits jährliche Beträge, die monatlich ausgezahlt werden, und zweitens die Übernahme von Krankheits- und Behindernungskosten. Letztere werden **Ergänzungsleistungen sind ein Recht und keine Almosen!**

dann übernommen, wenn sie nicht bereits durch eine Versicherung (Krankenkasse, Unfall, Haftpflicht oder IV) gedeckt sind. Ergänzungsleistungen werden aber nicht automatisch ausbezahlt, sondern müssen beantragt werden – und das tun Anspruchsberechtigte oft nicht. Wenn Sie nicht sicher sind, ob Sie Anrecht auf Ergänzungsleistungen haben, können Sie es anonym prüfen lassen (rebrand.ly/el-berechnen).

Wenn die Krankenkassenkosten jeden Monat einen grossen Teil des Einkommens wegessen, haben Sie vielleicht Anspruch auf Prämienverbilligung. Wie hoch das Haushaltseinkommen sein darf, damit Ihnen eine Prämienverbilligung zusteht, ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Auch die Höhe der Prämienverbilligung ist kantonal geregelt. Entscheidend, ob Sie Anspruch auf Unterstützung haben, ist unter anderem das Haushaltseinkommen. Die meisten Kantone informieren automatisch, wenn jemand eine Verbilligung der Prämie zusteht. Doch verlassen Sie sich nicht darauf und fragen Sie beim zuständigen kantonalen Amt nach oder melden Sie sich bei einer Beratungsstelle. Auch wenn Sie

bereits Ergänzungsleistungen beziehen, können Sie die Kriterien für eine Prämienverbilligung erfüllen. Wird Ihnen das Antragsformular zugeschiedt, müssen Sie es innerhalb einer bestimmten Frist ausgefüllt zurücksenden.

SCHULDENBERATUNG. Es ist schnell passiert, und schon haben sich Schulden angehäuft. Warten Sie nicht zu lange und holen Sie sich möglichst rasch Hilfe, zum Beispiel bei einer Schulden- und Budgetberatung. Die Fachpersonen können dabei helfen, die Lage realistisch einzuschätzen, und zeigen Wege aus den Schulden auf. Auf der Website von Schuldenberatung Schweiz (schulden.ch) finden Sie Kontakte zur Fachstelle Ihres Kantons.

BERATUNGSSTELLEN

HOLEN SIE SICH HILFE

In der Schweiz gibt es verschiedene Stellen, an die sich arbeitsbetroffene Seniorinnen und Senioren kostenlos wenden können. Pro Senectute (prosenectute.ch) bietet persönliche Beratung, informiert über Angebote für ältere Menschen und hilft zum Beispiel auch dabei, den Antrag auf Ergänzungsleistungen auszufüllen. Auch Caritas Schweiz (caritas.ch) unterstützt und hilft bei Armut, Schulden und beim Finden der richtigen Behörde. (mk)

Mit Musterbriefen geht's leichter Mir fehlen die Worte

Beschwerden, Briefe an Ämter oder Kündigungen: Sie finden Musterbriefe für alle Anliegen.

Sie möchten ein Abo kündigen, gespeicherte Daten über Ihre Person löschen lassen, die Krankenkasse wechseln oder das teure Partnervermittlungsabonnement endgültig kündigen? Vielleicht möchten Sie auch jemanden um den Rückzug einer Breibe bitten, weil Sie die Rechnung unterschieden bezahlen konnten? Das Problem ist nur: Wie schreibt man das richtig?

PRAKTISCH. Der Konsumentinnen- und Konsumentenschutz hilft mit einem einfachen und praktischen Online-Musterbriefgenerator aus. Dazu suchen Sie in der Liste das passende Anliegen, geben die nö-

tigen Angaben im Formular ein, und schon wird der Brief mit der passenden Formulierung generiert.

THEMA MIETEN. Auch wer zur Miete wohnt, muss hin und wieder Briefe schreiben: Zum Beispiel, um die Mietzinserhöhung anzufechten, um sich nach dem Auszug gegen die Schlussabrechnung zu wehren oder um die Wohnung zu kündigen. Haben Sie Mängel entdeckt, die bei der Wohnungsübergabe nicht zur Sprache kamen? Für all diese Fälle können Sie auf der Website des Mieterinnen- und Mieterverbands Musterbriefe herunterladen und mit den persönlichen Angaben befüllen. (mk)

rebrand.ly/musterbriefe_konsumentenschutz
rebrand.ly/musterbriefe_mieterverband



WIE SOLL ICH DAS NUR BEZAHLEN? work zeigt auf, wo Seniorinnen und Senioren, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, Hilfe bekommen. FOTO: GETTY IMAGES

workrätsel 3 Mal ein Coop-Gutschein à Fr. 50.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!



LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 4
Das Lösungswort lautete: **DETAILHANDEL**



durchsichtig	↓	↓	Tennisplatz (engl.)	Stadt im Kanton Zug	erfrischen	↓	↓	Lehnsarbeit	eh. brit. Premierminister	Keimzelle	Blutflüssigkeit Mz.	↓	Bündner Eishockeyclub	↓	Fachstelle in Bern	Tintenfisch	bibl. Priester	Augenblick, im ...
Gewürzblatt	→	2						ein Präsent machen										
Zch. f. Gold	→		Kochstellen	Hymne							4		Verkehrssignalanlage		Leichtmetall (Kw.)			
darüberstehend	→							Mädchen und junge Frauen unter ...		frz. Genfersee: Le ...		Knoblauchsauce						Billigarbeit macht ... intelligent
→				Mischfarbe	verfahren Situation									9	ge-gorenes Milchprodukt		Feuerwerkskörper	
Herbstblume	→	schlecht	unsicher machen, ver-stören									Schiffs-anlegeplatz		subtrop. Baum-frucht			6	
Wassersport	→	1			Mai-länder Opern-haus			Kopf-schutz Mz.			Dienste mieten							Kreis-berechnungs-zahl
→			grob, gewalt-tätig	Wild-hund										fort-gesetzt		internat. Presse-agentur		
brit. Prinzessin	Körperhüllen		hinterer Teil des Oberkörpers		8				frz. Auto-renn-strecke (2 W.)			Vn. erster Arbeiter-bundes-rat der CH						
...-Rights-Film-festival in Zürich				Muskel-faser			Frauen-name	Körper-organ								Schiff Noahs		Huhn
→			fix, un-be-weglich	Feuer-erscheinungen									Abkoch-brühe		Sprech-pausen-überbrückung			
engl.: Fledermaus	Zweig-stelle								5	stehen-des Ge-wässer		Un-be-weglich-keit			3			
europ. Kultur-hpjtst. 2014				ital. Tonbez. für das D			Identi-tätskarte (Kw.)	weibl. Nutz-tiere								Zauber-land in e. US-Kin-derbuch		ugs.: sowieso
Funktions-überprüfung	anmalen											Strafe ankün-digen						
→			unser Planet					Zitter-pappel							Teil des Fusses			

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: **verlag@workzeitung.ch**
Einsendeschluss 23. April 2026

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: **Stefan Jehle, Gippingen AG**
Herzlichen Glückwunsch!

INSERAT

Tiefere Löhne, weniger Rechte?

- Die Chaos-Initiative**
- baut den Lohnschutz ab
 - greift die Rechte der Arbeitnehmenden an
 - führt zu wirtschaftlichem Chaos



Das lassen wir nicht zu!
NEIN!
zur SVP-Chaos-Initiative



↪ **Lies unsere Argumente**

WORKLESERFOTO



Hurra, hurra, der Frühling ist da!

WANN 13. März 2026
WO Faulensee am Thunersee
WAS Vorbei die Zeit der kahlen Bäume
 Eingesandt von Stefan Egger, Schmittlen FR

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



«Nachhaltigkeitsinitiative» gefährdet Löhne, Renten und Arbeitsplätze

So will die SVP das Land ins Chaos stürzen

WORK 4 / 19.3.2026: SO WILL DIE SVP DAS LAND INS CHAOS STÜRZEN

Geld stinkt

«Massenzuwanderung von Millionären!» – «Feindbild Zuwanderung!» – «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Dies sind nur drei von diversen Schlagzeilen, die in letzter Zeit in den Medien zu lesen waren. Welche Probleme und Ängste verbergen sich hinter diesen Schlagzeilen? Während Menschen, die mit Geld kommen, auf Steuerflucht sind und als Steuerflüchtlinge hochwillkommen sind, sind Menschen, die um ihre Existenz bangen und auf der Suche nach Arbeit sind, weniger erwünscht. Sie sind nur willkommen, wenn sie als billige, rechtlose und jederzeit abschiebbare Arbeitskräfte als Lohndrücker dienen. Mit andern Worten: Geld kann die Schweiz unbegrenzt fluten, sich unsere Wirtschaft aneignen. So

nach dem Motto: «Geld stinkt, nur her damit, wir riechen's gern.» Ich habe beinahe fünfzig Jahre im Steuerparadies Zug zugebracht. Ich habe die Entwicklung der reichen Steuerflüchtlinge in diesem Kanton hautnah miterlebt. Überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten, nicht mehr bezahlbare Wohnungen usw. sind die Auswirkungen. Weitere Folgen, ein grosser Teil unserer eigenen Kinder wird aus dem Kanton verdrängt. Ich floh aus der Mietzinshölle Zug in den beschaulichen Klettgau. Die Steuern zahle ich 1 Mal, die Miete 12 Mal. Man rechne! Ich glaube nicht, dass dieses Geschäftsmodell, Geld rein, Menschen raus, zukunftsträchtig ist. Es untergräbt den Gemeinsinn, das friedliche Miteinander und macht uns extrem abhängig. Vielleicht wäre es vernünftiger, die Probleme anzugehen, anstatt sie zu bewirtschaften.

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN SH

Ressourcen

Es geht schliesslich um die natürlichen Ressourcen, die einmal fehlen werden. Wälder und Grünflächen werden niemals zuwandern.

KURT SOLAND, VIA FACEBOOK

Bilaterale

Ein weiterer Angriff der SVP auf die bilateralen Verträge. Klares Nein!

THOMAS FLÜCKIGER, VIA FACEBOOK

WORK 4 / 19.3.2026: STÄNDERAT WILL NEUE AKW
AKW nicht verteufeln

In Zukunft braucht die Schweiz sehr viel Strom. Der Elektrizitätsbedarf wird von heute 60 TWh auf bis zu 90 TWh im Jahre 2050 steigen. Besonders die Sicherung der Winterversorgung wird dabei zum Problem werden. Nun will der Ständerat neue AKW, und das ist gut so. Die Kernenergie darf nicht weiter verteufelt werden. AKW sind stabile, zuverlässige und emissionsarme Energiequellen, haben tiefe Betriebskosten bei sehr hoher Energieeffizienz und kleinem Landverbrauch und sind ökologisch nachhaltig. China baut seit 2020 bis 2050 60 (sechzig!) sogenannte Mini-AKW, Small Modular Reactors. Warum sollte sich die Schweiz politische Fesseln anlegen, den technischen Fortschritt abwürgen und das nicht auch – wie China – können und dürfen?

TONI STADELMANN, ZÜRICH

Und das Uran?

Egal, wir sollten einfach die Erneuerbaren ausbauen und nicht auf diese Rückständigen hören. Uran gibt es nur mit Krieg, das sollte nie vergessen werden.

M42RED, VIA INSTAGRAM

WORK 4 / 19.3.2026: BILLIGARBEIT MACHT KI INTELLIGENT

Damit Reiche reicher werden

Das ist echte Sklavenarbeit. Ausserdem wird für diese Technologie viel Wasser und Energie verbraucht, nur damit die Reichen noch reicher werden. So etwas verstösst doch eigentlich gegen die Menschenrechte. Es ist wichtig, dass sich die Data-Worker dagegen wehren.

MARTA ELINA FALCHI, VIA INSTAGRAM

Enteignen

Die Techkonzerne müssten enteignet werden für ihr menschenverachtendes Geschäftsmodell.

DNB, VIA INSTAGRAM

Wichtig

In einer Zeit, in der alle KI benutzen, ist es wichtig, dass über dieses Thema berichtet wird.

DNB, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



MICHELLE NIEDERBERGER TUNING UND TATTOOS

Michelle Niederberger wohnt in Wunderklingen SH im ehemaligen Zollhaus, direkt an der deutschen Grenze. Niederberger liebt Autos. Bereits mit 17 Jahren kaufte sie sich ihren ersten Subaru und bleibt der Marke bis heute treu. Sie liess sich die Subaru-Sterne, einen Motorkolben und ihre zwei Autos auch auf den Unterarm tätowieren. Besonders cool findet sie den Sound und das Aussehen der älteren Subaru-Modelle.

AIRBRUSH. Aufgewachsen ist Niederberger im Kanton Luzern, wo sie eine Lehre als Autolackiererin begann. Aus gesundheitlichen Gründen musste sie die Lehre abbrechen. Doch mit Airbrush kennt sie sich noch heute gut aus. Ihre Autos spritzt und repariert sie ebenfalls selber. Bei den Tuningtreffen seien die «Ladies» inzwischen immer präsenter.

AC/DC. Mit ihrer Hündin geht sie oft spazieren im Wunderklinger Wald. Zu Hause oder im Auto hört sie gerne Hardcore Metal oder Schweizer Musik: Stubete Gang, Trauffer, Megawatt. Für ein AC/DC-Konzert ist Niederberger vor zwei Jahren sogar nach München gefahren. Der Internetempfang in ihrem Zuhause ist langsam und instabil. So kommt Niederberger mehr zum Basteln. Aus altem Wachs giesst sie neue Kerzen, die sie im nächsten Winter am Weihnachtsmarkt verkaufen wird.



Michelle Niederberger (35) bringt die Toiletten zu den Leuten

«Am liebsten mache ich das, wovor sich andere ekeln»

Michelle Niederberger schaut, dass die Kompotoi-Toiletten am richtigen Ort stehen und sauber sind. Immer mit dabei ist Hündin Lucy.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS RAJA LÄUBLI

Auf dem Werkgelände an der Autobahn bei Winterthur Töss stehen die Holzigen Toilettenhäuschen von Kompotoi in Reih und Glied. Hier werden sie im Winter zwischengelagert, geflickt und jetzt, im Frühling, für die nächste Saison bereitgemacht.

In den nächsten Wochen wird Michelle Niederberger die Häuschen wieder in den Parks von Zürich, St. Gallen, Schaffhausen und in weiteren Städten aufstellen. Aber auch an Schwingfesten, in Schrebergärten, für Pfadilager oder an Festivals sind die Kompotois gefragt. Zu Spitzenzeiten sind bis zu 1500 Häuschen

in der Schweiz und Deutschland im Einsatz.

HUND ALS BEGLEITER. Jeden Morgen fährt Niederberger mit ihrem roten Subaru-Sportwagen von Schaffhausen nach Winterthur. Auf dem Beifahrersitz sitzt ihre Hündin Lucy. Auch bei der Arbeit darf Lucy dabei sein, immer an der Leine. Das hat Niederberger mit ihrem Arbeitgeber so abgemacht. Sie sagt: «Seit fast drei Jahren bin ich Fahrerin und Reinigerin bei Kompotoi, und das gefällt mir sehr gut.» Wichtig sei ihr vor allem, dass sie mit ihrem Job draussen und auf der Strasse unterwegs sei und dass sie eine Festanstellung habe.

Ihre Touren erhält Niederberger jeweils am Vorabend aufs Handy geschickt. Im Sommer beginnt sie mit der Arbeit bereits um sieben Uhr: «So habe ich weniger

Stau nach Zürich.» Niederberger macht dann vor allem die Auslieferungen der Toilettenhäuschen für Events. Die Kompotois kann sie alleine ausliefern und mit dem Kran am Lieferwagen am richtigen Ort platzieren. Mit Keilen sorgt sie dafür, dass die Häuschen stabil sind und nicht wackeln. Die meisten Häuschen werden vermietet, aber immer mehr Kompotois werden auch verkauft und bleiben das ganze Jahr über aufgestellt.

VON HAND UND ÖKOLOGISCH. Für die Reinigungstour geht Niederberger an jedem Standort von Häuschen zu Häuschen. Sie sagt: «Wir putzen das Innere der Toiletten mit einem kleinen Kärcher, pumpen den Urin ab, wechseln die Kübel und füllen Einstreu auf.» Anders als bei der Reinigung der blauen Toi-Toi arbeitet Niederberger nur von Hand und mit biologisch abbaubaren Reinigungsmitteln. Gerade bei grösseren Festivals sind Kompotois deshalb zwar aufwendiger in der Pflege als die Toi-Toi, dafür aber ansprechender.

WACHSTUM, ABER NICHT BEIM LOHN. Der Betrieb von Kompotoi ist in den letzten Jahren stark gewachsen, aber man könne immer noch gut miteinander reden und habe genug Zeit für die Touren, so dass die Arbeit nicht zu stressig sei, findet Niederberger. Einzig beim Lohn sieht Niederberger zurzeit Verbesserungsbedarf. Der Einstiegslohn liegt bei ihr im Team bei 4914 Franken brutto. Sie sagt: «Ich bin jetzt seit fast drei Jahren hier und habe noch keine

Lohnerhöhung erhalten.» Beim letzten Jahresgespräch hat Niederberger nach einer Lohnerhöhung von 200 Franken gefragt, bis jetzt noch ohne Erfolg.

Weil sie nicht nur die Touren machen wollte, arbeitet Niederberger jetzt auch im Lager. Und hier macht sie das am liebsten, was sonst fast niemand gerne macht: das Leeren der Kübel und Urin-Tanks. Ihr Arbeitskollege sagt: «Das Kübelleeren ist speziell, da siehst du die Hinterlassenschaften von Hunderten von Leuten. Für manche ist es optisch schwer, andere können den Geruch nicht leiden.» Aber für Niederberger ist das kein Problem. Vielleicht liege es daran, dass sie auf dem Land aufgewachsen sei und den Geruch der Gülle seit Kindesalter gut kenne. Auch die Maske findet Niederberger für ihre Arbeit unnötig. Es finde ja auch alles draussen an der frischen Luft statt. Der Fäkalientank muss dann auch noch von Zigarettenfiltern, Bierdeckeln und anderem nichtkompostierbarem Material gereinigt werden. Dann wird die Ware nach Uster ZH in eine Kompostieranlage geliefert, die den «Human Output» zu Komposterde verarbeitet.

Einmal im Monat hat Niederberger eine Teamsitzung, im Sommer gibt es gemeinsame Grillabende. Die Stimmung im Betrieb findet Niederberger auch sehr kollegial, man könne seine Ideen einbringen. Sie hat auch einen Freund in den Betrieb gebracht, der früher am Fliessband in einer Fabrik arbeitete und jetzt sehr glücklich über die Freiheit als Fahrer ist.



KOMMT GANZ OHNE CHEMIE AUS: Im Kompotoi wird mit Streu gearbeitet, beim Putzen kommen nur biologisch abbaubare Reinigungsmittel zum Einsatz. Bei den Einsätzen hat Michelle Niederberger ihre Hündin Lucy stets dabei.

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.**



WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Mattia Lento, Regula Rytz, Clemens Studer, Noémie Zurlinden Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jaily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jaily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch Auflage 60.488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia